

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis: 1,50 RM. monatlich 1,50 RM.
vierteljährlich 4,50 RM. halbjährlich 8,50 RM.
jährlich 16,50 RM. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
oder deren Raum 50 Pf. für
politische und gesellschaftliche Artikel
und Redaktions-Anfragen 30 Pf.
Kleine Anzeigen: das fertige Blatt
10 Pf. (täglich 2 fertige Blätter
10 Pf.) jedes weitere Wort 10 Pf.
Erstausgabe und Einschickung
zählen das erste Wort 10 Pf., jedes
weitere Wort 5 Pf. ...

Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonabend, den 27. Januar 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Kämpfe an Maas und Aa.

Westlich der Maas französische Gräben
auf Höhe 304 gestürmt — Erfolge am
Toten Mann und bei Avocourt — Russische
Stellungen beiderseits der Aa genommen
— Serbischer Vorstoß am Moglena-
Gebirge abgewiesen.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 26. Ja-
nuar 1917. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz.

Auf dem Westufer der Maas führten im Abschnitt des
Generals d. Infanterie v. Francois unter dem Befehl des
Generallieutenants von dem Borne bewährte wechsfällische und Teile
bäbischer Regimenter, wirksam unterstützt durch Artillerie, Pioniere
und Minenwerfer, die französischen Gräben auf Höhe 304 in
1600 Meter Breite. Im Handgemenge erlitt der Feind blutige
Verluste und ließ rund 500 Gefangene, dabei 12 Offiziere und
10 Maschinengewehre in unserer Hand. Nachts setzten die Fran-
zosen zum Gegenangriff an, der mißlang.

Westlich der Angriffslinie führten Unternehmungen am Toten
Mann und nordwärts von Avocourt zum gewünschten Ergebnis.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz
Leopold von Bayern.

Die Kämpfe an der Aa brachten auch gestern den angreifen-
den ostpreussischen Divisionen vollen Erfolg durch Besetzung
weiterer russischer Stellungen beiderseits des Flusses. Auf dem
Ostufer schloßerten starke feindliche Gegenkräfte. 500 Gefangene
wurden eingebracht.

Front des Generalsoberst Erzherzog Joseph.
Im Verecker Gebirge wurden im Gafan-Tal Angriffe
mehrerer rumänischer Kompagnien zurückgewiesen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls
von Mackensen.

Nichts Neues.

Wird Wilsons Botschaft beantwortet
werden?

Die große erste Stoßwelle von Meinungsverschiedenheiten
zu Präsident Wilsons Botschaft ist noch nicht verebbt, aber
der Inhalt, den wir in unseren Angaben skizzierten, hat sich
nicht geändert. Den Kriegsbrand wird die Botschaft nicht
bändigen und erst dann, wenn das Fürchtbarste durchschritten
ist, wird sich zeigen, ob und was sie politisch wirken kann.

Zu den ersten, die eine Meinung über die Botschaft kund-
gaben, gehört Wilson selbst. Ein Punktgespräch des New Yorker
W. Z. B.-Vertreters teilt in einigen Zeilen mit, Wilson habe
seine Ansicht über die Rede in einem Privatgespräch dahin
ausgesprochen, daß die Rede das wiedergebe, wonach jeder-
mann sich sehne, was man aber für unmöglich halte. Jetzt
aber scheint es möglich zu sein. Wilson fügte hinzu, er hoffe,
das amerikanische Volk und Europa werde die Rede in dem
Geiste aufnehmen, in dem sie gehalten worden sei und dem er
Ausdruck zu geben versucht habe.

Wilson's Botschaft wurde den amerikanischen Diplomaten
in den kriegführenden Ländern letzten Montag überfandt.
Eine Depesche der „New York World“ aus Washington
meldet, in der Botschaft oder in den sie begleitenden
Anweisungen für ihre Uebersetzung sei nichts enthalten,
was eine Antwort nötig mache. Nichtsdesto-
weniger erwarte man von den beiden Gruppen der
Kriegführenden irgendeine Antwort.

Jemande Antwort! Eine Verpflichtung zu einer Ant-
wort, die darüber hinaus gelegen ist und einen wesentlichen
Schritt vorwärts bringen kann, bedingt die Botschaft aller-
dings nicht. Sie wird mancherlei Widerhall wecken in Reden,
wie sie in Budapest, in Bristol hörbar wurden, aber was
ist mit diesen Reden für und wider Entscheidendes gewonnen?
Sind sie schon ein Zeichen, daß der Friedensgedanke sein
Recht, am hellen Tage anzugehen, behauptet und geltend
macht, so betätigen sie doch zugleich, daß er noch nicht die
Macht hat, gebieterisch das letzte Wort zu sprechen, das die
Völker von der blutigsten Pein losspricht.

Kein Anlaß zur Antwort.

Wien, 26. Januar. Die „Oesterreichische Volkszeitung“ erfährt
von besonderer Seite, daß man aus der Regierung des Grafen
Tisza über die Botschaft des Präsidenten Wilson, die oesterreichisch-
ungarische Regierung sei geneigt, den Gedankenaustrausch über den
Frieden mit der Regierung der Vereinigten Staaten fortzusetzen,

Mazedonische Front.

Bei Buejuel tat an den Hängen des Roglens-Gebirges
schlugen bulgarische Truppen einen Vorstoß serbischer Kräfte ab.
Der Erste Generalquartiermeister,
Ludendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, den 26. Januar. Abends.
Auf dem Westufer der Maas wurden fran-
zösische, an der Aa russische Gegenangriffe ab-
geschlagen.

Vorstoß an die englische Ostküste.

Berlin, 26. Januar. In der Nacht vom 25. zum
26. Januar stießen deutsche leichte Streitkräfte in
die englischen Küstengewässer südlich Lowestoft vor, um die
früher dort gemeldeten feindlichen Bewachungsfahrzeuge und Vor-
postenschiffe anzugreifen. Vom Gegner wurde im ganzen ab-
gesuchten Seegebiet nichts gesehen. Hierauf wurde der befestigte
Platz Southwold auf nahe Entfernung durch Leuchtgranaten
unserer Torpedoboote gut erhellte und danach unter Ar-
tilleriefire gezwungen. Treffer wurden beobachtet.
Unsere Streitkräfte, die auch auf dem Küsten sich keinen Gegner
antrafen, sind wohlbehalten zurückgekehrt.
Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Der österreichische Bericht.

Wien, 26. Januar 1917. (W. Z. B.) Amtlich wird
verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Am Südkügel der Heeresfront des Generalsobersten Erz-
herzog Joseph wurde im Gafan-Tal ein rumänischer Vorstoß
zurückgeschlagen. — Einer unserer Flieger schoß am 23. d. M.
bei Kimpolung ein russisches Flugzeug im Luftkampf ab. Sonst
bei den österreichisch-ungarischen Streitkräften nichts Neues.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Begebenheiten.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes,
u. Hofer, Feldmarschalleutnant.

nicht den Schluß ziehen dürfe, daß Oesterreich-Ungarn beabsichtige,
die Botschaft Wilsons an den Senat mit einem bestimmten
diplomatischen Schritt, etwa mit einer Note, zu beant-
worten. Derartige sei nicht beabsichtigt. Die Botschaft Wilsons
biete hierzu schon deswegen keinen Anlaß, weil sie bloß an den
amerikanischen Senat gerichtet sei; aber auch ganz abgesehen davon
sei sie viel zu allgemein gehalten, als daß man konkrete Verhand-
lungen daran knüpfen könnte.

Man darf allerdings der Meinung sein, daß es ein Leichtes
wäre, zum Ziel zu gelangen, wenn nur darauf ankäme, aus
allgemein gehaltenen Sätzen Gedanken von unwichtigem greif-
barem Inhalt herauszubauen.

Wilson's Vorschlag in der holländischen
Kammer.

Die Frage einer Konferenz der Neutrals.

Haag, 26. Jan. (W. Z. B.) Das Korrespondenzbureau meldet: Bei
der Verhandlung über das Budget des Ministeriums des Neutern in
der Zweiten Kammer setzte sich Savornin Lohmann für den
Vorschlag Wilsons ein, Zwangsmittel gegen eine Macht an-
zuwenden, die das Recht verlege. Troelstra (Soz.) bezeichnete
den Vorschlag Wilsons als Utopie und als gefährlich.
Der Minister des Neutern London erklärte, daß es seiner An-
sicht nach für die Niederlande unpolitisch wäre, sich zu verpflichten,
wirtschaftlichen oder militärischen Zwang auf andere Mächte aus-
zuüben.

Auf Anfrage des sozialistischen Abgeordneten Duns über die
Befugnung von Belgien antwortete der Minister, er
habe die deutsche Regierung bereits erjucht, ihre Erklärung über
die Repatriierung von Belgiern ausgiebiger in Anwendung zu brin-
gen, und er hoffe, daß die deutsche Regierung diesem Wunsch nach-
kommen werde. Der Minister sagte weiter, daß die Niederlande die
Friedensnote Wilsons nicht unterstützt hätten, sei nicht
als Demonstration gegen den Schritt Wilsons und nicht als Beweis
übertriebener Vorsicht zu betrachten. Verschiedene Parteien hätten
die Notwendigkeit, die den Minister zu diesem Verhalten veranlaßten,
gebilligt. Der Minister habe auf Einladung der schwedischen Regie-
rung dem Gesandten in Stockholm aufgetragen, vorläufige Ver-
sprechungen über die Frage abzuhalten, ob eine Konferenz der
Neutrals veranstaltet werden solle, auf der u. a. die wirt-
schaftliche Lage nach dem Kriege erörtert werden solle. Von einer
Vermittlung oder von dem Abschluß von Kollektivverträgen sei dabei
keine Rede.

Einheitsbrot oder -Brotkürzung!

Die zwar nicht überreichliche, aber noch gut funktionie-
rende Broterversorgung der städtischen Bevölkerung war
bisher das Haupt- und Schwachstück unserer zentralen Kriegs-
wirtschaft. Nicht ohne Befremdung — um einen recht vor-
sichtigen Ausdruck zu gebrauchen — hat die Bevölkerung
Groß-Berlins wahrgenommen, daß auch auf diesem Gebiete
Störungen vorgekommen sind, und seitdem bildet die Sorge,
daß die Schwierigkeiten noch wachsen könnten, den täglichen
Gesprächsstoff aller Bevölkerungskreise.

Die Mehlerverteilungsstelle Groß-Berlin hatte
darum gestern Vertreter der Presse zu einer Besprechung über
die Frage des Einheitsbrotes eingeladen. Stadtrat Simon-
sohn, der Leiter der Verteilungsstelle, schilderte in unge-
wöhnlich starken Ausdrücken die jetzt herrschende Brotknapp-
heit und ihre Wirkungen auf die Bevölkerung. Er und Ober-
bürgermeister Wermuth sind der Meinung, daß man um
das Einheitsbrot nicht herumkommen könne. Man müsse entweder
sich zu dieser Maßregel entschließen —
oder eine Kürzung der Brotration in Kauf nehmen. Die Brotknappheit
sei zurückzuführen nicht auf Fehler der Organisation, wie in der
Presse und in der Reichsfürsorgeverwaltung übersehen worden
ist, sondern auf den Mangel an Mehl. Das Einheitsbrot werde eine
Mehlerparierung möglich machen; denn bei Herstellung großer
Brote lasse sich bessere Mehlarbeitung erreichen als bei
kleinem Beizengebäck. Auch zur Einführung von Kunden-
listen für Bäckereien werde man unbedingt schreiten müssen,
um die Brotentnahme schärfer kontrollieren zu können.

Weiter wird von der Beschränkung des Kuchen-
backens an die Konditoren eine Vereinfachung der Miß-
brände erwartet, die bisher in den Bäckereien getrieben wor-
den seien. Oberbürgermeister Wermuth erklärte, bei
Nichteinführung des Einheitsbrotes könne er für die Verjor-
gung der Bevölkerung mit ausreichenden Brotmengen keine
Gewähr übernehmen.

In einer am gleichen Tage abgehaltenen Sitzung hat der
Berliner Magistrat, wie das Nachrichtenamt mitteilt,
einstimmig beschlossen, dem Beschluß der Brotarten-
gemeinschaft Groß-Berlin auf Einführung des Ein-
heitsbrotes und des Kuchenbrotverbots für
Bäcker beizutreten, und er hat sich weiter einstimmig dahin
entwunden, daß in der Brotartengemeinschaft Groß-Berlins
auf die Einführung der Kundenliste auch für Ge-
bäck hingewirkt werden soll.

Nunmehr wird die Vollversammlung der Brot-
artengemeinschaft zu den Fragen Stellung nehmen, sobald wir
wissen, am kommenden Dienstag. In der Sitzung des Aus-
schusses am 23. hat nur der Reichsfürsorge-Vertreter gegen das
Einheitsbrot gestimmt; wie wir gestern schon mitteilten, haben
sich indes in den Reihen der Einzelgemeinden nachträglich Be-
denken geltend gemacht, die in der Vollversammlung zum Aus-
druck kommen werden. Im Ausschusse haben, so schreibt der
Berliner Magistrat auf die Angriffe in der Reichsfürsorge-
ordnungsversammlung, „alle anderen Vertreter der Groß-Berliner
Gemeinden ausnahmslos anerkannt, daß die Einführung des
Einheitsbrotes an sich nicht erwünscht, aber nach Lage der
Verhältnisse erforderlich sei.“ Es sei in der Sitzung von Ver-
tretern der westlichen Bezirke „mit Nachdruck betont wor-
den“, daß Reichsfürsorge mehr Mehl erhalten habe, als ihm zuka-
me. Die von der Brotartengemeinschaft eingesetzte Kommission
wird ja feststellen, was daran ist.

Nach uns gewordenen Mitteilungen rührt die Tatsache,
daß Reichsfürsorge mit der ihm zugewiesenen Mehlmenge aus-
kommt, nur daher, daß dort die Bäcker nur wenig Mehl
zum Kuchenbacken übrig behalten, also das ihnen
überwiesene Brotmehl nicht zu einem Zwecke mißbrauchen
können, der ihnen erheblich mehr Gewinn einträgt. Die
Tatsache, daß in Berlin die Brotnote erst nach Weih-
nachten und Neujahr akut geworden sind, und die Reich-
sfürsorge Erfahrungen sind unseres Erachtens der schlagende
Beweis für die Unabweislichkeit des allgemeinen
Kuchenbrotverbots, das wir wiederholt zu dem
Zweck gefordert haben, damit man auf Grund der so ge-
wonnenen Mehlmengen die jetzige unzureichende Ration
erhöhe. Statt dessen will man die Kundenbäckerei lediglich
auf die Konditoren beschränkt wissen, ein Plan, der nur
den Konditoren nicht, Mehlerbäckereien aber nicht verhilft.

Dann soll uns die Kundenliste besichert werden!
Welches Interesse hat dann der Bäcker künftig noch daran,
aus dem nicht in dem früheren Maße vollwertigen Rohstoff
ein möglichst gutes Gebäck herzustellen, wie er es bei dem
heutigen Wettbewerb tun muß! Etwas ganz anderes wäre
es, wenn die Brotherstellung durch kommunale oder genossen-
schaftliche Großbäckereien bewirkt würde, dann wären wirk-

samen Kritik und durchgreifende Kontrolle möglich. Die Umfassung der bestehenden Kleinbetriebe kann aber nicht hinreichend kontrolliert werden, und darum wäre es gefährlich, sie vor dem Stachel der Konkurrenz zu schützen, der sie zu höherer Leistungsfähigkeit anspornt. Eine noch schlimmere Gefahr besteht aber darin, daß der einzelne Bäcker unter Umständen nichts oder zu wenig herstellen kann, dann stehen die ihm zugeordneten Kunden mit der Brotkarte in der Hand da — aber ohne Brot!

Unseres Erachtens würde es zunächst durchaus genügen, wenn man neben dem allgemeinen Suchenachverbot den Preis der Schrippe wieder heruntersetzt, damit der Anreiz zum Mißbrauch von Brotmehl wegfällt; im übrigen aber sollten die Versuche des Kriegsernährungsamts mit den verschiedenen Reibarten als Brotstärkungsmittel abgelehrt werden. Daß aber mit Probieren und Experimentieren nicht zu lange Zeit vergehen darf, das versteht sich von selbst. Denn die Brotfrage ist eben die Brotfrage, und es wäre überflüssig, große Worte aufzuwerfen, um ihre Bedeutung klarzumachen. Der Kreis, für den sie nur theoretische Bedeutung hat, verengert sich mit jedem Tag, denn mit jedem Tag werden die auf keinem Markt erhältlichen Lebensmittel seltener und teurer. Wird doch die zutage tretende Brotknappheit zum Teil auch damit erklärt, daß die Zahl derer, die ihre Brotkarte nicht voll ausbrauchen, immer mehr zusammenschumpft. Fast jedermann im Deutschen Reich weiß heute, was die wöchentliche Brotration für ihn selbst wie für die Volksgesamtheit bedeutet.

Jeder Proletarier hat in seinem Leben schon schlimme Tage durchgemacht, er weiß aus Erfahrung, daß man manchmal den Leibriemen enger ziehen muß, wenn es gilt etwas durchzutrotzen, z. B. einen Streik. Diese Schule erweist sich in der gegenwärtigen Zeit als sehr nützlich, und gewiß sind es darum auch nicht die Arbeiter, die zuerst den Kopf verlieren, wenn es gilt, für eine große Sache in einem schweren unvermeidlichen Kampf Opfer und Entbehrungen auf sich zu nehmen. Aber auch eine wetterharte, opferbereite Bevölkerung muß für sich das in Anspruch nehmen, was sie zum Leben unbedingt und am allernotwendigsten braucht, und keine Stelle im Deutschen Reich kann den Ernst dieses Anspruchs verkennen.

Die Einheitsaktion der Entente im Mittelmeer

London, 25. Januar. Die amtliche Mitteilung über die in London abgehaltene englisch-französisch-italienische Seekonferenz besagt: Es wurden die Fragen der im Mittelmeer zu beobachtenden Seepolitik erörtert und entschieden. Das Ergebnis ist vollständig befriedigend. Es wurden wichtige Entscheidungen erreicht nicht nur über die Operationen zur See, sondern auch über die Benutzung der Schiffe, über die Ueberwachung der Handelsstraßen und andere verwandte Probleme.

Das „Echo de Paris“ meldet, die Marinekonferenzen hätten zu einer vollständigen Einigung zwischen den Flotten der Alliierten geführt.

Eine Lehre des Gefechts in den Hoofden.

London, 25. Januar. „Daily Mail“ schreibt über das letzte Seegefecht: Die solide Bauart der deutschen Zerstörer erhebt daraus, daß der „V 69“ über Wasser blieb, obwohl er auf kurze Entfernung von Geschossen durchbohrt und außerdem gerammt worden ist. Das Schiff hätte nach allen Regeln untergegangen sein müssen.

Da die Gegner Deutschlands im Projektieren von Untergeängen nicht geizen, wird es ihnen an Gelegenheit nicht fehlen, Entwürfen ihrer Regelrechnung noch recht oft und hoffentlich in großem Stile zu erleben.

Der britische Reichskriegsrat und die Vorbereitung auf den Frieden.

Amsterdam, 26. Januar. In einer Unterredung zwischen Lloyd George und einem australischen Korrespondenten über den bevorstehenden Reichskriegsrat fragte ein hiesiges Blatt zufolge der Korrespondent, ob auch über die Zukunft der deutschen Kolonien verhandelt werden solle. Lloyd George antwortete darauf, das sei eine auf der Hand liegende Frage, aber es gäbe zahlreiche, ebenso wichtige Fragen. Es soll über alle schwierigen Fragen, die mit dem Frieden zusammenhängen, Beschluß gefaßt werden. Die Kriegspolitik des Reiches werde deutlich umschrieben werden. Außerdem würden wichtige Fragen zur Erledigung gelangen, die er „Vorbereitung auf den Frieden“ nenne, wie die Demobilisierung, die Auswanderung nach anderen Teilen des Reiches und die Unterbringung von Soldaten in Handel und Industrie.

Die Angst vor den Neutralen.

London, 25. Januar. Wie die „Morning Post“ aus Ottawa vom 23. Januar meldet, ist im kanadischen Senat eine Resolution eingebracht, wonach neutrale Mächte von den Friedensverhandlungen ausgeschlossen werden sollen.

Nicht nur während des Krieges, auch noch bei der Vorbereitung auf den Frieden sollen die Neutralen bedrückt und vergewaltigt werden. Die Parteigänger der Entente haben freilich keinen Anlaß, auf die Liebe dieser Außensteller des Weltkrieges zu zählen.

Massenaushebung von Arbeitern in England

London, 25. Januar. Die Regierung hat beschlossen, die militärische Beurlaubung für bestimmte Klassen von Vergleuten sofort aufzuheben, weil die Armee dringend Soldaten gebrauche und der Rückgang der Kohlenzufuhr und der spärlichere Verbrauch von Kohlen in England eine Einschränkung des Betriebes erlaube. Ferner ist die Beurlaubung von dreißigtausend Landarbeitern aufgehoben.

Ein Ankläger Lloyd Georges.

London, 25. Januar. Auf der Konferenz der Arbeiterpartei in Manchester trat der Delegierte Kirkwood auf, einer der Munitionsarbeiter in Glasgow, die anfangs vorigen Jahres auf administrativem Wege wegen eines Verzuges gegen das Munitionsgesetz aus Glasgow entfernt worden waren, und verlangte unter lautem, minutenlangem Beifall, noch Glasgow zurückkehren zu dürfen. Er erzählte, daß er Lloyd George bei dessen Besuch im Clydebezirk zu Weihnachten 1915 ins Gesicht gesagt habe, daß die Arbeiter ihm nicht trauten und alle seine Regierungshandlungen einen Beigeschmack von Sklaverei hätten. Die Arbeiterpartei beschloß einstimmig, die bedingungslose Rückkehr der Deportierten zu fordern, und sandte ein entsprechendes Telegramm an den Premierminister.

gen einen Beigeschmack von Sklaverei hätten. Die Arbeiterpartei beschloß einstimmig, die bedingungslose Rückkehr der Deportierten zu fordern, und sandte ein entsprechendes Telegramm an den Premierminister.

Die Kohlennot in Frankreich.

Paris, 26. Januar. In der gestrigen Sitzung des Senats brachten Poirier und Strauß einen Interpellationsantrag über die Kohlennot ein, die selbst Kriegswerkstätten zum Stillstand bringen würde.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 25. Januar. Bericht des Generalstabes. Mazedonische Front. Nordwestlich von Bitolia spärliches Gewehr-, Maschinengewehr- und Artilleriefeuer. Im Moglena-gebiet vereinzelte Kanonenschüsse und schwaches Gewehr- und Maschinengewehrfeuer. Auf dem rechten Ufer des Bardar einzelne Kanonenschüsse, auf dem linken Ufer ziemlich lebhaftes Artilleriefeuer. Ein Annäherungsversuch feindlicher Patrouillen scheiterte in unserem Feuer. Auf den Südbahnen der Pelasica Patrouillengefächte. Bei dem Bahnhof von Boroja vertrieben starke feindliche Patrouillen vorgezogen, sie wurden jedoch durch Gewehr- und Maschinengewehrfeuer vertrieben. An der Struma schwaches Artilleriefeuer. Südlich von Serres Patrouillengefächte. Rumänische Front. Wirkungsloses feindliches Artilleriefeuer gegen Jaccia. Zwei feindliche Monitore beschossen vom Sulina-Arm aus das Dorf Prislovi, östlich von Tulcea, westlich von Mahmudie. Wir eröffneten ein Gewehr-, Maschinengewehr- und Artilleriefeuer gegen die feindlichen Einheiten auf dem Nordufer des St. Georg-Arms und zerstörten sie.

Der Donauübergang bei Tulcea.

Der russische Bericht vom 24. Januar berichtet: An der Donau gegenüber von Tulcea benutzten die etwa ein Bataillon starken Bulgaren den Nebel und überschritten in der Frühe den St. Georgs-Arm. Unsere Abteilungen vernichteten in einem ungestümen Nachtangriff, ohne einen Schuß abzugeben, die hinübergegangene Abteilung, nahmen 5 Offiziere und 332 Soldaten gefangen und erbeuteten 4 Maschinengewehre. Unsere Verluste betragen: ein Offizier, 41 Soldaten vermisst, 1 Soldat tot.

Der Krieg auf den Meeren.

Serfernt und gesunken. „Rouelle de Lyon“ meldet: Der Postdampfer „Ducob“ ist vor der Strandemündung gesunken. Der Dampfer konnte bei Rovan auf Strand laufen. Der norwegische Dampfer „Sterly“ traf in Corcubion mit 28 Schiffbrüchigen des französischen Dreimasters „Duc d'Almale“ ein, der von einem U-Boot versenkt worden war. Er war an der Unglücksstelle eingetroffen, als das U-Boot sich anschickte, die Schiffbrüchigen zu retten. Aus Kopenhagen wird vom Donnerstag gemeldet: Gestern nachmittag gegen 4 Uhr bemerkte man vom Strande bei Stenbjerg an der Westküste Nordjütlands, wie ein Dampfer unbekannter Nationalität von einem deutschen Unterseeboot acht Seemeilen vom Lande entfernt, also außerhalb der dänischen Hoheitsgrenze, versenkt wurde. Als der Dampfer sank, glaubte man zwei Boote des Dampfers gesehen zu haben, in denen sich wahrscheinlich seine Besatzung befand. Man hat später nichts mehr von ihnen gehört. Das Wetter war klar, die See ruhig. — Dem „Allgemeinen Handelsblatt“ wird von seinem Korrespondenten in London telegraphiert, er erfahre aus guter Quelle, daß der holländische Dampfer „Juno“ gesunken sei.

Ein konservativer Block in der Duma.

Aus Kopenhagen wird der „A.-S.“ mitgeteilt: Im Zusammenhang damit, daß nun im russischen Reichsrat die Rechte wieder die ausschließliche Macht erhalten, die durch die Ernennung von 18 neuen, ausgeprägt reaktionären Reichsratsmitgliedern zur Veränderung der fortschrittlich gestimmten Reichsratsmitglieder in die Minderheit weiter gefestigt worden ist, beschloffen, wie „Komoje Brestnja“ erzählt, die Gruppen der Rechten im Reichsrat und in der Reichsduma eine Vereinigung unter dem Namen „Konservativer Block“ zu bilden, der als Gegengewicht gegen den fortschrittlichen Block gedacht sei und in ununterbrochener Verbindung mit der Regierung stehen solle.

In voller Uebereinstimmung mit diesem konservativen Block steht Protopopow die Bekämpfung des Semstwo- und Städteverbandes fort. Er hatte kürzlich an die militärischen Verwaltungsorgane die Anfrage gerichtet, ob die von beiden Verbänden geschaffenen sanitären und der Verpflegung der Soldaten dienenden Einrichtungen an der Front nicht überflüssig seien, worauf er zur Antwort erhielt, daß diese Einrichtungen wegen ihrer vorzüglichen Organisation und Tätigkeit für das Heer völlig unentbehrlich seien. Man wartet nun auf neue Versuche Protopopows, den bürgerlichen Verbänden den Todesstoß zu versetzen zu können.

Die Auflösung des japanischen Parlaments.

Die Auflösung des japanischen Parlaments, die bereits gemeldet wurde, kam nicht überraschend. Wie ein Zirkular des New Yorker Vertreters von Wolffs Bureau mitteilt, berichtete Associated Press vor drei Tagen aus Tokio, daß die Konstitutionellen unter Kato und die Nationalisten einen heftigen Feldzug gegen das Kabinett Teruchi eröffneten, da es entgegen dem Geiste der Konstitution gebildet worden sei, und daß die Auflösung des Abgeordnetenhauses erwartet werde.

Der Frauenstaat Viktoria in Australien.

Der australische Staat Viktoria, der schon vor dem Kriege einen erheblichen Ueberschuß von Frauen aufwies, ist jetzt infolge des Krieges auf dem besten Wege sich zu einem Frauenstaate herauszubilden. Dieser Umstand hat nicht verfehlt, eine starke Rückwirkung auf die ganze Staatsverfassung des Landes auszuüben, und jetzt ist man in Viktoria im Begriffe, wichtige Änderungen in der Gesetzgebung gemäß der neuen Zusammensetzung der Bevölkerung vorzunehmen.

Kleine Kriegsnachrichten.

Eine Volantengebung in New York. Eine von über 3000 polnisch-amerikanischen Männern und Frauen besuchte, vom polnischen Nationalkomitee veranstaltete Massenversammlung zur Feier der Wiederherstellung des unabhängigen Königreichs Polen richtete an den Präsidenten Wilson die Bitte, getreu der amerikanischen Ueberlieferung sofort Schritte in der Richtung auf eine Anerkennung des Königreichs Polen durch die Vereinigten Staaten zu unternehmen.

Gegen die englische Weltzensur wendet sich scharf der dänische „Sozialdemokrat“. Er stellt fest, daß die beiden Friedensbotschaften Wilsons verpöhtet, unvollständig und mit unangenehmsten Pressedemokratien versehen in Kopenhagen angelangt sind. „Sozialdemokrat“ wünscht, daß die Dänen von England nicht wie kleine Kinder behandelt würden, sondern als eine freie Nation.

Vorbereitung für die Räumung Mexikos. In Washington gibt man, wie der „Press. Ztg.“ gemeldet wird, zu, daß Vorbereitungen für die Zuzücknahme der mexikanischen Expedition angeordnet worden sind.

Die englischen Arbeiter schützöllnerisch?

Der neue englische Arbeitsminister Hodge, der frühere erste Geschäftsführer der Steel Smelters Association (Gewerkschaft der Eisgießer), hat sich in einer Rede in Notingham sehr energisch für Hochschutzzölle gegen Deutschland ausgesprochen. Er sagte, daß Deutschland sehr albern gewesen sei, den Krieg heraufzubeschwören, statt die Vorteile des englischen Freihandels restlos auszunutzen und England auf wirtschaftlichem Gebiete zu schlagen. Früher seien die Gewerkschaften einmütig der Ueberzeugung gewesen, daß der Freihandel die beste Lebenshaltung gewährte und zugleich die sicherste Bürgschaft gegen den Krieg biete.

Damals waren wir blind, jetzt können wir sehen! Früher kamen drei Millionen Tonnen Stahl von Deutschland nach England. Ich werde dafür sorgen, daß dieses Loch verstopft wird. So lange es einen unbeschäftigten Hochofen in England geben wird, werde ich darauf setzen, daß kein deutscher Stahl nach England kommt. Wie dumm waren wir, daß wir in der Vergangenheit eine offene Tür einer geschlossenen entgegensetzten. . . Wenn ich nur die volle Unterstützung von Kapital und Arbeit bekomme, so zweifle ich nicht daran, daß wir zu den größten Erfolgen kommen werden.

Der neugeborene Herr Minister spricht diktatorisch, aber das Lächeln über diesen parvenühaften Zug darf nicht vergehen lassen, daß er ein so unzweifelhaftes Bekenntnis zum Hochschutzzoll nicht ablegen würde, wenn er nicht das Gesamtministerium mit dem ehemals rabiaten Freihändler Lloyd George hinter sich wüßte.

Daß England nach dem Kriege zum Schutzzoll übergehen wird, obwohl seine Wirtschaft unter dem Freihandel vor Kriegsausbruch blühte und gedieh, ist fast unzweifelhaft. Dafür spricht nicht nur das Verlangen nach neuen fiskalischen Einnahmequellen, nicht nur der Wunsch, den Kolonien für ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse in England einen Markt zu eröffnen und der englischen Industrie in den Kolonien ein Absatzgebiet zu sichern, und so das Gefüge des ganzen britischen Reiches zu festigen. Ein Umstand, der in Deutschland bisher noch gar nicht beachtet worden ist, obwohl er auch hier nach dem Kriege einen protektionistischen Faktor stärkster Potenz darstellen wird, ist, daß viele Industrien im Kriege treibhausmäßig entwickelt wurden, welche mit Beschäftigungslosigkeit zu kämpfen haben werden, wenn die Nachfrage für Heer und Marine nachläßt. Dann werden die Unternehmer darauf vergeblich sein, daß die ihnen gewährten Preise so hoch waren, daß sie ihre Neuanlagen restlos abschreiben konnten, und nach Beschäftigung für die Werke schreien, die sie im nationalen Interesse errichtet hätten, und die zur nationalen Verteidigung unentbehrlich gewesen wären. Die Beteiligung weiterer Volksschichten an der Industrie durch das Aktienwesen wird auch schwinden, die nicht direkt am Schutzzoll interessiert sind, in die Gefolgschaft der Leute locken, die den Innenmarkt für die Industrie monopolisieren wollen.

Sehr beachtlich ist der Appell des neuen Arbeitsministers an Arbeiter und Kapital. In England ist eine starke Strömung vorhanden, welche Arbeiter und Unternehmer auf einer gemeinsamen Grundlage sammeln will. Den Arbeitern sollen hohe Löhne gewährt werden, wofür sie in den Schutzzoll zu willigen hätten. Es ist ein Nationalbund der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegründet worden, auf dessen erster Versammlung in Birmingham der Direktor des Nationaldienstes Chamberlain, der Sohn des berühmten Liberalreformers Josef Chamberlain, sagte, daß wenn es eine Industrie in England gäbe, die keinen Minimallohn zahlen könne, der einem anständigen Arbeiter eine angemessene Lebensweise ermögliche, der Verzicht auf eine solche Industrie besser als ihre Existenz sei.

Der sich vorbereitende Umschwung in der englischen Handelspolitik, die Solidarisierung der englischen Arbeiter und Unternehmer wird auch das deutsche Proletariat vor neue Probleme stellen. Interessant wird es sein, wie sich die Arbeitgemeinschaftler und Spartakusleute, die die Solidarität der Arbeiter aller Länder als gegeben ansehen, mit dieser Tatsache abfinden. Vermutlich werden sie sie aus der Welt zu reden versuchen. Die deutschen Arbeiter werden niemals einer aggressiven Handelspolitik ihre Stille leihen, aber sie werden natürlich alles tun, um einer industriellen Verkümmern Deutschlands vorzubeugen. Aber schon heute kann mit Stolz gesagt werden, daß die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften sich von augenblicklichen Notwendigkeiten zu Arbeitsgemeinschaften mit den Unternehmern niemals verleiten lassen werden, das stets vorhandene gegensätzliche Interesse der Arbeiter und Unternehmer aus dem Auge zu verlieren.

Politische Uebersicht.

Die entsetzte Moral.

Es ist lehrreich und interessant, die Gesichter der Leute zu sehen, die vordem unser Wirtschaftssystem als die beste aller Welten verherrlichten und jetzt im Kriege ganz unerwartet seinen wahren Charakter entdecken. Im „Reichsboten“ schlägt ein Oberpfarrer A. Schowalter entsetzt die Hände über dem Kopf zusammen angesichts des Kriegswuchers und der Kriegsgewinne. Volk bitterer Grimms fragt er: „Wer hat denn ein Recht darauf, sich an der Not seines Volkes zu bereichern? Als ehrlös müßte gelten, wer reicher aus diesem Kriege herausgeht, als er hereingegangen ist.“ Beweglich klagt der Herr Oberpfarrer darüber, daß ein „falscher Geist in unserem Wirtschaftsleben“ eingeschlagen sei. Er zählt eine ganze Reihe Aussprüche von bürgerlichen Parlamentariern und Regierungsvertretern auf, die alle darauf hinauslaufen, daß dieser oder jener Produktionszweig durch höhere Preise zu vermehrter Produktion angeregt werden müsse. „Wer kann dann, wenn solche Gesichtspunkte als erlaubt gelten, es dem einzelnen verwehren, sich die Arbeit auszuwählen, die den meisten Gewinn abwirft und wenigstens einen Brocken von den Kriegsgewinnen für sich zu retten. . . So darf es nicht weitergehen. . . Die Gewinne müssen verschwinden.“

Natürlich weiß der Herr Oberpfarrer in seiner naiven Unkenntnis volkswirtschaftlicher Zusammenhänge gegen den Kriegswucher auch kein Mittel als Moralpredigten. Aber die kapitalistische Moral hat sich bisher gegen alle Sittlichkeitskuren als äußerst widerstandsfähig erwiesen. Als einziger erfreuliche Beobachtung kann es Herr Schowalter buchen, daß wenigstens in einem — Kriegstroman ein Großkaufmann mit der Gewissensangst ringt, ob er Spekulationsgewinn aus Kriegslieferungen annehmen darf. Die Wirklichkeit erweist sich als weniger zart besaitet (man denke an den Fall Kupfer), und ihr kommt man nicht mit Moralpredigten bei, sondern allein mit den einschneidendsten wirtschaftlichen Maßnahmen.

Die Tat der Spartakusleute.

In einem Anhang, den er einer Zusammenstellung von Presstimmen über die jüngsten Beschlüsse des Parteivorstandes und Parteiaussschusses gibt, läßt der „Braunschweiger Volksfreund“ jede Wankelmut fallen und schreibt:

Mit Worten kann dem nicht begegnet werden, wenn die Verwirrung und die Abkehr der Massen vom Sozialismus nicht unheilbar werden soll. Die Zeit verlangt jetzt die Tat. Und diese Tat besteht darin, daß die Opposition sich sofort als die sozialdemokratische Partei Deutschlands konstituiert.

Ganz ähnlich proklamiert auch Heinrich Strödel in der „Korrespondenz „Sozialistische Auslandspolitik“:

Die Wehrheit hat die reinliche Scheidung gemollt. Pflicht der Wehrheit ist es nun, sie ihrerseits mit aller Konsequenz und äußerster Energie durchzuführen. Die Scheidung von dem rücksichtslosen Intelligenzling und seiner Politik der Grundlosigkeit und der Verleugnung aller demokratischen und sozialistischen Pflichten — nicht die Scheidung von der Partei. Denn die Partei ist dort, wo das sozialdemokratische Programm und die nationalen und internationalen Kongreßbeschlüsse noch in Geltung stehen.

Die Sophisterei, daß man sich nicht von der Partei trennen wolle, ist hinterher durchsichtig. Die Wehrheit der Partei steht mit bester Überzeugung auf dem Boden des sozialistischen Programms und hat oft genug nachgewiesen, daß ihre Politik der Landesverteidigung nicht nur diesem vereinbar, sondern in jeder Weise entsprechend ist. Die Wehrheit mag das bestreiten, aber über die Frage, ob die programmatischen Grundzüge tatsächlich richtig angewandt worden sind, entscheidet in der Partei nun einmal die Wehrheit. Wer anderer Ansicht ist, kann der Partei den Rücken kehren, aber dann verläßt er die Partei und kann sie ebensowenig an den Fußhaken mitnehmen wie Danton das Vaterland.

Gnadenerlasse.

Der Kaiser hat aus Anlaß seines Geburtstages neue Gnadenerlasse herausgegeben.

Der erste erweitert die Erlasse vom 27. Januar und 24. April 1915 und vom 27. Januar 1916. Die noch nicht erledigten Untersuchungen gegen Kriegsteilnehmer werden wegen der in diesen Erlässen bezeichneten Straftaten werden niedergeschlagen, wenn die Täter vor der Einberufung begangen sind. Nicht militärgerichtliche Strafen bis zu einem Jahr Gefängnis werden erlassen. Voraussetzung ist, daß der Täter nicht durch seine Tat seine Eigenschaft als Kriegsteilnehmer verloren hat.

Ein zweiter Erlass bestimmt die Löschung von Strafeinträgen der letzten zehn Jahre, wenn die Strafe nicht mehr als ein Jahr Gefängnis betragen hat und der Befragte nicht rückfällig geworden ist.

Ein dritter Erlass hebt die gegen Militärpersonen und Militärpersonen verhängten Disziplinarstrafen auf, sowie die von Militärgerichten verhängten Strafen unter sechs Monaten. Ausgeschlossen sind Personen, die unter der Wirkung von Ehrenstrafen stehen, die Rückfälligen, die mehr als vierzehn Tage Freiheitsstrafe oder 150 Mark Geldstrafe für ihren Rückfall erhalten haben, und die wegen Mißhandlung, Verleumdung oder vorschriftswidriger Behandlung eines Untergebenen bestraft sind.

Gleiche Bestimmungen gelten für Marine und Schutztruppen. Für besonders berücksichtigungswürdige Fälle, die außerhalb dieses Rahmens liegen, wird besondere Berücksichtigung in Aussicht gestellt.

Rückzug hinter die Kriegschädigung.

Die Ausführungen des Abg. Stresemann in einer Versammlung in Hannover, daß zur Abwendung eines Teiles der Kriegsschulden eine teilweise Konfiskation der Vermögen eintreten müsse, haben in gewissen Kapitalistenkreisen panikartige Bestürzung hervorgerufen. Deshalb wird jetzt von allen Seiten mit Energie abgemahnt. Ein konservatives Blatt benutzte das kapitalistische Entsetzen als Vorwand zu einem Fehlschuß für eine hohe Kriegschädigung. Jetzt bläst auch die „Nationalliberale Korrespondenz“ in dasselbe Horn. Stresemann habe niemals den Vorschlag einer Vermögensabgabe gemacht, sondern lediglich betont, daß man sich in maßgebenden volkswirtschaftlichen Kreisen mit der Diskussion einer solchen Frage beschäftigt, falls das Reich eine Kriegschädigung nicht erhalte, und hat aus diesem Grunde die Forderung aufgestellt, unter allen Umständen auf einer Kriegschädigung zu bestehen.

Indem man sich hinter die Forderung einer Kriegschädigung versteckt, kommt man um die Frage der Steuerpolitik nach dem Kriege auf die Dauer doch nicht herum.

Der allddeutsche Fortschrittler.

Der ehemalige Pastor und jetzige fortschrittliche Landtagsabgeordnete Traub ist während des Krieges zu den Allddeutschen gegangen und dient bei diesen nach außen hin als der Renommierfortschrittler. Wie man in fortschrittlichen Kreisen von Traubs allddeutscher Tätigkeit erlautet ist, zeigt folgende unwillige Anmerkung des „Stuttgarter Beobachters“:

„Das wiederholte Auftreten des Abg. Traub in Veranlassungen der allddeutschen Kreise, die seine Zugehörigkeit zu der fortschrittlichen Volkspartei scharf betonen, läßt den Wunsch herdrängen erscheinen, daß Herr Traub zur Vermeidung politischer Mißverständnisse bei künftigen Hervortreten selbst die Tatsache anzuführen möge, daß er, Herr Traub, neben dem bayerischen Abgeordneten Hubich, in der Sitzung des Zentralausschusses zu Berlin vom 9. November 1918 mit seiner derzeitigen politischen Auffassung und Behandlungsart völlig allein gestanden ist, wie durch Abstimmung festgestellt wurde.“

Die Handelsverträge Oesterreichs und Ungarns.

Im Abgeordnetenhause richtete Graf Apponyi die Anfrage an den Ministerpräsidenten, ob er vom Kündigungsrecht der Ende 1917 ablaufenden Handelsverträge mit Deutschland und der Schweiz Gebrauch machen wolle. Graf Tisza antwortete, daß zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung eine Vereinbarung geschlossen worden sei, welche jeder Regierung das Recht sichere, daß auf ihre einseitige Forderung, sei es von Ungarn oder Oesterreich, die von der Monarchie geschlossenen Handelsverträge gekündigt werden können. Von dem Kündigungsrecht sei jedoch Ende Dezember kein Gebrauch gemacht worden. Zwischen dem österreichischen und ungarischen Kabinett werde im Laufe des Jahres 1917 entweder eine endgültige oder provisorische Vereinbarung zustande kommen. Es sei darum immer noch genügend Zeit, die mit dem Auslande bestehenden Handelsverträge zu kündigen.

Die preussische Medizinalverwaltung.

Zuglingssterblichkeit. — Gesundheitsfragen.

Der verstärkte Staatshaushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses beriet am Freitag den Haushalt der Medizinalverwaltung. Abg. v. Pappenheim führte als Berichterstatter aus: Das Bevölkerungsproblem könnte bei seiner außerordentlichen Wichtigkeit nicht oft genug erörtert werden. Er wolle insbesondere die Verhältnisse der unehelichen Kinder betrachten. Von 1000 Neugeborenen erreichen bei den unehelichen Kindern nur 312 das erste und 136 das 19. Lebensjahr,

während bei den ehelichen die entsprechenden Zahlen 696 bzw. 512 sind. In gewissen Fällen sollten schon die neugeborenen unehelichen Kinder der öffentlichen Erziehung überwiesen werden. Ein Regierungsvertreter sagte, daß die früher sehr drohende Säuglingssterblichkeit sehr zurückgegangen sei, insbesondere im Städte, vor allem in den Städten. Trotzdem müsse die Fürsorgefähigkeit noch besser organisiert werden. Ein fortschrittlicher Redner begrüßte den Antrag,

besondere Mittel für Säuglingsfürsorgestellen

den weniger leistungsfähigen Gemeinden zur Verfügung zu stellen. Der Minister des Innern erklärte dazu, er halte den Antrag für außerordentlich wichtig, leider ständen dem Staatshaushalt jetzt nicht genügend Mittel dafür zur Verfügung. Das sozialdemokratische Ausschussmitglied meinte, daß die Argumente des Ministers nicht stichhaltig seien; hier dürfe nicht geögert werden, da ungeheure Ansprüche jetzt an das Menschenmaterial gestellt werden. Ein Zentrumsantrag verlangte besondere Mittel für diesen Zweck im nächsten Haushaltsplan. Ein Vertreter des Finanzministers führte aus, daß ein Nachtragset nicht in Frage kommen könne. Ein fortschrittlicher Abgeordneter führte sich durch diese Erklärung nicht befriedigt. Es handle sich um einen akuten Notfall. Ein frei-konservativer Abgeordneter unterläßt die fortschrittliche Anregung, ebenso ein Nationalliberaler. Nachdem noch ein Zentrumsredner dem vorkommlichen Antrag zugestimmt hatte, wurden beide Anträge einstimmig angenommen.

Darauf begründete ein Volksparteiler einen weiteren Antrag betreffend die

Reichswochenhilfe.

Die Wöchnerinnen müßten besser versorgt werden. Für die Krankenpflegerin enthielt darüber allerdings eine große Beschränkung. Dies dürfe aber keinen Grund abgeben, den Antrag abzulehnen. Ein Zentrumsredner wies darauf hin, daß die Durchführung des Antrags mehr als 100 Millionen Mark erfordern würde, deshalb könnten seine Freunde dem Antrag in dieser Form nicht zustimmen. Ein Regierungsvertreter führt aus, die Beibehaltung der Reichswochenhilfe nach dem Kriege sei eine Frage, deren Lösung sehr schwierig wäre. Jedenfalls werde die Regierung die Angelegenheit mit größtem Wohlwollen behandeln. Das sozialdemokratische Mitglied verlangte, daß bei der Reichswochenhilfe Beschränkungen festgesetzt werden. Inzwischen ist ein Zentrumsantrag eingegangen, daß die Regierung bei Besprechung der Bevölkerungsfrage auch die Beibehaltung der Reichswochenhilfe in Erwägung ziehen solle. Der vorkommliche Antrag wird gegen vier Stimmen der Fortschrittler und des Sozialdemokraten abgelehnt, der Zentrumsantrag angenommen. Darauf gibt ein Regierungskommissar Auskunft über den

Stand der Geburten während des Krieges.

Es müßten gegen den Vertrieß der empfangnisverhütenden Mittel scharfe Bestimmungen erlassen werden. Der Vertrieß war geradezu schamlos, die sommandierenden Generale haben jetzt eingegriffen. Nach dem Kriege löse das aber auf. Eine Kommission hätte sich bereits mit den Vorarbeiten für einen Gesetzentwurf befaßt, der dem Reichstag unterbreitet werden soll. Das sozialdemokratische Mitglied führt einige soziale Momente an, die auf den Geburtenrückgang einwirken. Man dürfe nicht etwa den Vertrieß von Mitteln hindern, die gegen Geschlechtskrankheiten kämpfen. Eine diese Materie behandelnde Petition wird der Staatsregierung zur Berücksichtigung überwiesen. Ein Mitglied des Zentrums hofft, daß man bezüglich des Vertrieß der Verhütungsmittel bald zu einem praktischen Ergebnis kommen werde. Ein Volksparteiler betont die hervorragende Tätigkeit der Medizinalabteilung während des Krieges. Die Verzie insbesondere hätten großes geleistet. Das sozialdemokratische Mitglied wünscht Aufklärung über den Einfluß des Krieges auf die Erkrankungen zu erhalten. Der Ministerialdirektor erklärt, der Gesundheitszustand sei viel besser, als man erwartet habe. Viele Menschen hätten einfach keine Zeit, krank zu sein. Von vielen Ärzten werde behauptet, daß Krebs- und Darmleiden weniger vorkämen; genaues Material liege aber nicht vor. Dank der großen Energie der Militärbehörden sei man der Geschlechtskrankheiten in den besetzten Gebieten mehr Herr geworden. Die Bekämpfung dieser Krankheiten müsse hier im Innern mit ganz anderer Energie in Angriff genommen werden. Demnach, und zwar noch in dieser Session, werde dem Reichstage ein Gesetzentwurf dazu vorgelegt werden. Auf fortschrittliche Anregung bespricht ein Regierungsvertreter die Pockenextraktionen. Die Krankheit sei eingeschleppt, alle Vorbereitungen gegen weitere Ausbreitung sind aber getroffen.

Damit war dieser Haushalt erledigt.

Wasserbauten und Binnenschifffahrt.

In der Ausschussberatung des Haushaltsplans der Eisenbahnverwaltung gab der Minister der öffentlichen Arbeiten an, daß der Rhein-Herne- und der Oberkanal die Eisenbahn wesentlich entlastet haben. Das sozialdemokratische Mitglied verlangte im Hinblick auf die von ihm vorausgesetzene Syndizierung nach dem Kriege Übertragung des Schlepplumpens auf den Staat. Dagegen sprach sich der Minister aus, weil dieses Verlangen nicht gerechtfertigt sei und der Staat damit auch keinen Gewinn erzielen würde. Die Wehrheit der Kommission trat dieser Meinung bei. Der Ausbau der Schleuse bei Hohenfinow wurde im Interesse der Leistungsfähigkeit der Wasserstraße zwischen Berlin und der Ostsee dringend verlangt. Ueber die

Elektrizitätsversorgung

führte der Minister aus, daß demnachst eine Vorlage auf Bau eines großen elektrischen Werkes bei Hannover dem Landtag gehen werde. Eventuell würden Großkraftwerke über das Land verteilt werden, ein Monopol solle aber nicht geschaffen werden. Der unwirtschaftlichen Erzeugung elektrischer Kraft müsse entgegengetreten werden. Wenn der Staat eingreife, werde er nur als Erzeuger auftreten und das andere den Gemeinden und Provinzen überlassen.

Auf verschiedene Anfragen, die anknüpfend an das Talsperrungsgesetz in Nordböhmen die

Sicherheit der Staumdämme

in Preußen erörtert hatten, gab ein Regierungskommissar recht beruhigende Versicherungen.

Ueber den Ausbau des Rhein-Elbe-Kanals wollte sich der Minister jetzt nicht äußern, der Mittelkanal habe erst dann vollen Wert, wenn der Ausbau der Elbepredere erfolge. Die Finanzfrage sei so schwierig, daß sie erst nach dem Kriege gelöst werden könne. Uebrigens sei das Ministerium noch niemals

mit Kanalprojekten überhäuft

worden wie jetzt. Ein nationalliberaler Redner erklärte, die Kanalfrage dürfe nicht ganz in Vergessenheit geraten. Es könne nicht darauf gewartet werden, bis die Kanalschiffe die Ströme befahren könnten. Ein fortschrittliches Mitglied bedauert die Zurückhaltung der Regierung in den Kanalfragen. Redner behandelte dann die Arbeiterfragen und wünscht die Gleichstellung der Wasserbauarbeiter hinsichtlich der Feuerungszulagen und Beihilfen mit den Eisenbahnarbeitern. Auch müßten Arbeiterausschüsse gebildet werden. Der Minister erwidert, daß bei den Wasserbauarbeitern hinsichtlich der Zulagen dieselben Bestimmungen gelten wie bei anderen Staatsverwaltungen. Ein Zentrumsmitglied tritt für einen Donau-Oberkanal ein. Ein fortschrittliches Mitglied stellt fest, daß eine sichere Wehrheit für eine Verbindung der östlichen und westlichen Wasserstraßen vorhanden sei. Sogar in der konservativen Partei müßte die Zahl der Kanal Freunde. Die Petitionen des Mittelkanals werden als Material überwiesen. Damit sind die Beratungen beendet. Nächste Sitzung Montag, Aulustet.

Arbeiterfragen vor dem Hilfsdienstausschuß.

(Schluß aus der Beilage.)

Der Ausschuh nahm folgenden Antrag an:

Um das Vertrauen zur Ausführung des Gesetzes zu wehren, ist es notwendig, sowohl in den Kreisen der Arbeitgeber, wie der Arbeitnehmer nur solche Vertreter in die Ausschüsse zu wählen, die das Vertrauen ihrer Berufsgenossen unbedingt in Anspruch nehmen können.

Eine lange Debatte entspann sich dann um den § 11 des Hilfsdienstgesetzes, der sämtliche Arbeiterausschüsse vorschreibt für alle Betriebe, in denen in der Regel mindestens 50 Arbeiter beschäftigt werden. Von den Sozialdemokraten wurde darauf hingewiesen, daß in einer großen Anzahl Betriebe noch Ausschüsse beständen, für welche die Unternehmer einen Teil ihrer Mitglieder ernennen. Diese Ausschüsse haben vielfach nicht das Vertrauen der Arbeiter. Das Kriegsamt sollte eine Mustervorschrift für die Einrichtung von Arbeiterausschüssen auf Grund des Hilfsdienstgesetzes an die Handelszentralbehörden herausgeben. Abg. Legien fragte noch ganz besonders, wie es mit den Arbeiterausschüssen in den Betrieben der Heeres- und Marineverwaltung steht, ferner, ob Arbeiterausschüsse in den im Ausland belegenen Betrieben der Heeres- und Marineverwaltung eingerichtet sind. Redner wünscht ferner zu wissen, wie es mit den Arbeiterausschüssen in den Eisenbahnbetrieben steht.

Unterstaatssekretär Richter erklärt: Wo Arbeiterausschüsse nach § 11 der Gewerbeordnung bei Erlaß des Hilfsdienstgesetzes vorhanden waren, bleiben sie bestehen. Das Gesetz bestimmt nur, daß Arbeiterausschüsse zu errichten sind, wo noch keine bestehen. In die einzelnen Bestimmungen möglichst bald zu erlassen. In den Betrieben der Eisenbahn sind die Befugnisse der Ausschüsse wesentlich erweitert worden. — Ein Vertreter der Marineverwaltung erklärt, daß in den dortigen Betrieben bereits überall Arbeiterausschüsse auf Grund der Gewerbeordnung bestehen. — General Gröner erklärt, in Betrieben der Heeresverwaltung bestehen Ausschüsse. Die Betriebe im besetzten Gebiete jedoch sind Einrichtungen des Feldheeres und auf sie trifft das Hilfsdienstgesetz nicht zu. Schließlich wurde folgender Antrag Wangenheim angenommen:

Der Ausschuh spricht die Erwartung aus, daß die Arbeitgeber die nach § 134 der Gewerbeordnung in ihren Betrieben bestehenden Ausschüsse schleunigst dem Hilfsdienstgesetz anpassen. Damit waren die Beratungen der Kommission erledigt. Die nächste Sitzung findet nächsten Freitag statt.

Letzte Nachrichten.

Die Kämpfe nördlich Witau.

Berlin, 26. Januar. Am 24. d. M. nahmen die Kämpfe westlich und nordwestlich Koluzen ihren Fortgang. Nach kräftiger Artillerievorbereitung stürmten wiederum unsere tapferen Ostpreußen in heldenhaftiger Weise die russischen Stellungen. Letztere waren nicht, wie gewöhnlich, in die Erde eingegraben, sondern des sumpfigen Geländes wegen mit Hilfe von Baumstämmen und sonstigen Material auf dem gewachsenen Boden aufgebaut. Unsere Sturmkolonnen stießen bei ihrem weiteren Vordringen bald auf neue, sehr starke feindliche Kräfte und konnten sich daher nur langsam voranarbeiten. Sie gelangten unter Benutzung eines feindlichen Laufgrabens bis 3/4 Kilometer nördlich Witau und zwangen dadurch die Russen zum Ausweichen nach Norden. Unsere Linie folgt jetzt diesem Laufgraben und biegt dann in allgemein östlicher Richtung nach der Na ab. Die Verluste der Russen waren, wie am Tage vorher, sehr groß. Wie die Gefangenen eines Regiments übereinstimmend ausgeben, sind von ihrem Regiment höchstens 3 Offiziere und 400 Mann mit dem Leben davongekommen, der größte Teil des Regiments wurde durch die furthbare Wirkung unserer Artillerie in den Stellungen veruschüttet. Außerdem geben die Gefangenen noch an, daß sie zwei Tage nichts zu essen bekommen und daß viele ihrer Kameraden gemartert hätten. — Rechts der Na hielten wir unsere Stellungen. Der Gegner griff sie an zwei verschiedenen Stellen fünfmal mit großer Heftigkeit an, wurde aber mit schweren Verlusten abgewiesen. Die Zahl der Gefangenen stieg auf 11 Offiziere, 1700 Mann.

Zum Vorstoß an die englische Ostküste.

London, 26. Januar. (Reutermeldung.) Feldmarschall French teilt mit, daß gestern Abend ein kleines deutsches Fahrzeug, dessen Identität nicht festgestellt werden konnte, sich der Küste von Suffolk näherte und eine Anzahl von Geschossen abfeuerte, die nur teilweise die Küste erreichten. Es wurde niemand verletzt und nur unbedeutender Schaden angerichtet.

Minenlegende II-Boote.

Bern, 26. Januar. Laut Meldungen der französischen Blätter sind folgende französische Schiffe verankert worden: Der Dreimaster „Procureur“ (384 Br.-R.-T.), die Schooner „Bearnais“ (302 Br.-R.-T.) und „Leontine“ (201 Br.-R.-T.), der Dampfer „Victoire“, der Dreimaster „Louis Joseph“ (197 Br.-R.-T.) und das Fischerboot „Aurelie“. Die Besatzungen sind gerettet. Man befürchtet ferner den Verlust mehrerer überflüssiger Fischdampfer. — An der Mündung der Gironde sind zwei Unterseeboote beim Minenlegen beobachtet worden.

Beschlüsse der englischen Arbeiterpartei.

Amsterdam, 26. Januar. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Der Kongreß der Arbeiterpartei in Manchester hat Resolutionen zugunsten der Erhöhung der Steuern auf nicht selbstverwendete Einkommen bis zu 15 Schilling vom Pfund, zugunsten einer Besteuerung von Luxusartikeln, einer direkten Besteuerung des Grundbesitzes, ferner zugunsten der Nationalisierung des Postbetriebes und zugunsten des Wahlrechts für alle erwachsenen Personen und auf Erhöhung der Pensionen von Seesoldaten und Soldaten angenommen.

Gheimnisvolles Verschwinden diplomatischer Schriftstücke.

Kopenhagen, 26. Januar. Die Kopenhagener Geheimpolizei erhielt von dem italienischen Legationssekretär Catalani die Mitteilung, daß ihm gestern auf dem Wege nach der italienischen Gesandtschaft ein großer Briefumschlag mit sehr wichtigen Papieren, darunter Briefe und Aktenstücke über Verhandlungen mit fremden Mächten, abhanden gekommen sei. Die Geheimpolizei versucht festzustellen, ob die Schriftstücke gestohlen oder verloren wurden. Catalani hat eine Befohnung für die Herbeischaffung der Papiere ausgeföhrt.

Japan und China.

Peking, 26. Januar. (Reuter.) In der zwischen China und Japan zur Regelung der Angelegenheiten von Chengdeitung gewechselten Noten nimmt China alle in der japanischen Note vom letzten September enthaltenen Forderungen an. Die Fragen der Errichtung von japanischen Polizeistationen in der Mandschurei und in der inneren und Ostmongolei und der Anstellung von japanischen Instruktoren und Beratern werden für sich erledigt werden.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Die Tätigkeit eines Hilfsdienstauschusses im westfälischen Industriegebiet.

Als Beweis dafür, welchen Nutzen die Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes für die Arbeiter haben, dürfte nachstehender Auszug aus der ersten Tätigkeit eines Ausschusses gelten. Der (vorläufig) gemäß dem § 9 des Hilfsdienstgesetzes im Bezirk Bochum einberufene Schlichtungsausschuss hat seine erste Sitzung abgehalten. Dem Sitzungsbericht ist zu entnehmen, daß bereits über 20 Einzelfälle zu entscheiden waren. Mehrere Klagen (Arbeiter) waren ohne Entschädigung ausgeblieben. Der Ausschuss sah die dringlichsten Fälle, daß bei Streitigkeiten aus den Lohn- und Arbeitsverhältnissen die Beteiligten persönlich zu erscheinen hätten, um die Verständigung zu erleichtern. Er scheint bei einer Verhandlung nach § 9 des Hilfsdienstgesetzes der Arbeiter nicht, so wird die Beschwerde als erledigt betrachtet; erscheint der Unternehmer nicht, dann soll dem beschwerdeführenden Arbeiter der Kriegsschein ohne weiteres ausgestellt werden. Die verhandelten Fälle betrafen Arbeiter von den Westfälischen Stahlwerken, dem Bochumer Gußstahlverein und dem Gußstahlwerk Sitten. Durchweg handelte es sich um die Arbeiterforderung, den Abschleichen (Kriegsschein) auszustellen, damit eine besser bezahlte Arbeitsstelle angenommen werden könne. In mehreren Fällen kam eine Einigung zwischen dem Arbeiter und dem Unternehmer dahin zustande, daß der Unternehmer sich zur Verständigung über eine Lohnserhöhung bereit erklärte. Kommt kein Ausgleich zustande, dann soll das Schlichtsgericht entscheiden. In mehreren anderen Fällen wurde der Anspruch auf den Kriegsschein nur deshalb abgelehnt, weil die Arbeiter nicht nachweisen konnten, daß sie eine besser entlohnte Stelle in Aussicht hätten. Sonst wurde durchweg der Anspruch anerkannt. Ein Arbeiter verdiente an seiner bisherigen Arbeitsstelle in Bochum 7,70 M. pro Schicht, er wird vor dem Schlichtsgericht nach, daß er in Duisburg 7,75 M. und eine Teuerungszulage erhalten könne, worauf der Abschleichen ansachstellte wurde. Ein Zinnmeister erhielt bisher 7,70 M. pro Tag; er war früher im Beamtenverhältnis, in dem er mit Teuerungszulage 290 M. monatlich bekam. Nun konnte er sich verbessern. Das Schlichtsgericht sprach ihm den Abschleichen zu. Ein Arbeiter will in den Eisenbahndienst übertreten; er erhielt bisher 8,50 M. pro Schicht, weist aber nach, daß er sich später als Pensionär besser stelle, wenn er Eisenbahner sei. Er erhielt den Abschleichen zugesprochen. In anderen Fällen handelte es sich um Arbeiter, die als vom Militär Reklamierter in Arbeit traten. Sie wünschten, in ihrer Heimat, wo ihre Familie wohnt, Arbeit anzunehmen. Auch hier wurde der Anspruch auf den Abschleichen anerkannt, wenn der Betreffende nachwies, daß er sich durch den Arbeits- und Wohnungswechsel wirtschaftlich verbessert.

Diese schlichtsgerichtliche Tätigkeit auf Grund des Hilfsdienstgesetzes ist besonders für dieses Industriegebiet bemerkenswert, weil dort die Industriearbeiter bekanntlich durch vertrauliche Vereinbarungen zwischen den Werken und dem Zwangsarbeitsnachweis an der Ausübung ihres Freiheitsrechts behindert wurden. Vor Inkrafttreten des Hilfsdienstgesetzes war es den vom Militär reklamierten Arbeitern überhaupt nicht unmöglich gemacht, ihre Arbeitsstelle zu wechseln. Darin ist nun zweifellos eine Befreiung eingetreten. Es zeigt sich immer klarer, daß die Gewerkschaften durchaus im Interesse der Arbeiter handeln, als sie sich einmütig für die Annahme des Gesetzes und für die Mitwirkung bei seiner Durchführung erklärten.

Gewerkschaftliche Stellungnahme zum Hilfsdienstgesetz.

Am 2. Halle wird uns geschrieben: In Sangerhausen bildeten die Ortsverwaltungsbereiter des Bergarbeiterverbandes eine Konferenz, die sich außer mit geschäftlichen Fragen mit dem Hilfsdienstgesetz beschäftigte. In längerer Debatte wurden die Bestimmungen des Gesetzes für und wider kritisch besprochen. Danach wurde eine Resolution, die sich mit der Annahme des Gesetzes einverstanden erklärte, gegen nur eine Stimme angenommen. Antretend waren Vertreter von 70 Verbandszahlstellen aus den Kreisen Halle, Zeitz-Weissenfels, Mansfeld und Nordhausen. — Im Rastfelder Bezirk ist R. Hoffmann Reichstagskandidat, der im Landtage die Annahme und Mitarbeit bei der Durchführung des Gesetzes als „eine Schande“ bezeichnete.

Berlin und Umgegend.

Der Schneiderverband als Beklagter.

Wie sich in manchen Köpfen die Welt darstellt, zeigt zwei Klagen, die gegen den Schneiderverband anhängig gemacht worden sind. In beiden Fällen hat Kunze Mitglied des Verbandes vorher in Prozessen vertreten. In einem Falle handelt es sich um die Familie Weißberger, wo der Vater verklagt war, vor der Schlichtungskommission aber erklärte, nicht er, sondern eine seiner Töchter sei Inhaberin des Betriebes. War eine der Töchter verklagt, so schob sie die Inhaberschaft an den Vater zurück, so daß ständig in allen Prozessen formale Einwendungen erhoben wurden.

In einer Klage gegen Weißberger fällt die Schlichtungskommission ein Urteil, wonach die belagte Tochter an die Klägerin 90,40 Mark zahlen sollte. Später ist dann die Pfändung fruchtlos ausgefallen.

Eines Tages kommt aber Weißberger als Kläger vor die Schlichtungskommission und verlangt, daß sein Gegner verurteilt werde, ihm den zu wenig gezahlten Lohn nachzahlen. Im Vergleichswege erklärt sich auch der Gegner bereit, 50 M. zu zahlen, die er jedoch an Gerichtsstelle hinterlegt, weil er von Kunze darauf aufmerksam gemacht wurde, daß Weißberger seinen Arbeitern den Lohn schuldig geblieben sei. Nun so konnte er sich vor dem Schlichtsgericht, zweimal zahlen zu müssen. Dieser Betrag blieb längere Zeit liegen, bis eines Tages Weißberger starb. Nun war die Möglichkeit gegeben, den Erben den Betrag zu entziehen, indem die Pfändung vorgenommen wurde. Auf Verlangen des Amtsrates erfolgte die Pfändung und Auszahlung des Betrages an die Klägerin. Nachdem so die Klägerin glänzend in den Besitz eines Teiles ihres Geldes gelangt war, erhob eine der Töchter des Weißberger Klage gegen den Schneiderverband und verlangte die Rückzahlung der 50 M. Sie ist selbstverständlich mit dieser Klage heringefallen, aber sie hatte doch wenigstens das Vergnügen, den Schneiderverband verklagt zu haben.

In einem anderen Falle war vor der Schlichtungskommission in einer Klage gegen Hilsebrandt, Paßadenstr. 25, ein Ver-

gleich zustande gekommen, wonach dieser an zwei Arbeiterinnen den Betrag von 205,85 M. in wöchentlichen Raten von je 7,50 M. zahlen sich bereit erklärte. Hilsebrandt zahlte aber nicht, es wurde daher vor dem Gewerbegericht Klage erhoben, mit dem Antrage, den Vergleich für vollstreckbar zu erklären. Hier kam ein neuer Vergleich zustande, nachdem bereits durch schlemigen Arrest die Summe von 66 M. der Befriedigung des Hilsebrandt entzogen war. Auch diesen Vergleich erfüllte Hilsebrandt nicht, so daß neuerdings in Forderungen, die er an anderer Stelle hatte, die Pfändung vorgenommen wurde. Nun erhob Hilsebrandt Klage gegen diejenigen, bei denen ihm Geld gepfändet worden war, des weiteren wiederum gegen die Arbeiterinnen auf Abänderung des Vergleichs und später auf Rückzahlung eines bestimmten Betrages. Alle möglichen Entwendungen wurden von ihm erhoben, so z. B. daß das gepfändete Geld nicht ihm, sondern seiner Frau gehöre, die auch Inhaberin des Betriebes sei. In einem Prozeß trat er als Bevollmächtigter für seine Frau auf und erklärte sich mit der Auszahlung des gepfändeten Betrages an die Arbeiterinnen einverstanden. Dann machte er einen neuen Prozeß anhängig und erklärte, daß er nicht bevollmächtigt gewesen sei, für seine Frau einen Vergleich abzuschließen. Nachdem er mit allen seinen Klagen abgewiesen war, ging er wieder an die Schlichtungskommission, um dort einen neuen Vergleich abzuschließen. Hier wurde ihm von Kunze erklärt, daß er zahlen solle und damit dann die Sache erledigt sei. Einem neuen Vergleich bedürfte es nicht. Wenn er gerne weiterklagen wolle, so wolle man ihm diese Freude nicht nehmen. So stand denn vor dem Gewerbegericht ein Termin gegen den Schneiderverband an. Hier verlangte die Frau Hilsebrandt vom Schneiderverband die Rückzahlung von 66 M., in deren Auszahlung ihr Mann als Prozeßbevollmächtigter für sie vor einigen Monaten eingewilligt hatte. An sich ist ja das Gewerbegericht für solche Klagen überhaupt unzuständig. So wurde Hilsebrandt wegen Unzuständigkeit vom Gewerbegericht abgewiesen. Es ist selbstverständlich, daß die Sache damit nicht erledigt ist und nunmehr vor das Amtsgericht geschleppt wird. Jemand, der überhaupt den Mut hat, eine vollkommen aussichtslose Klage wiederholt und immer wieder in anderer Form vor Gericht anhängig zu machen, wird sich selbstverständlich von der Aussichtlosigkeit seiner Klage nicht belehren lassen.

Aus der Partei.

Jauchehübel.

Solange der Genosse Hirsch im preussischen Abgeordnetenhaus zwischen den Anhängern der Rührerei und der Minderheit zu vermitteln suchte und dadurch oftmals dem radikalen Flügel die ausschlaggebende Stellung in der Fraktion verschaffte, wurde er von den Blättern der Minderheit mit Gleichschülern angefohlt. Nachdem aber die Reichstagskonferenz der Opposition ebenso klar hat erkennen lassen, wo die Parteizentren liegen, wie die Entente-Note an Wilson die Angreifer in diesem Krieg enthüllte, und Genosse Hirsch aus beiden die Konsequenzen gezogen hat, werden die echradiakalen Jauchehübel über ihn entsetzt. Die „Leipziger Volkszeitung“ verleiht sich zu der infamen Insinuation, Hirsch sei aus materiellen Gründen auf die Seite der Parteimehrheit getreten. Ueber diese schmutzige Kampfmethode ist kein Wort zu verlieren. Leute, die mit solchen Verdächtigungen operieren, schießen wohl aus ihrem eigenen Charakter fälschlich auf den anderen.

Ein wunderbares Argument gegen die Statbrade des Genossen Hirsch führt die Korrespondenz „Sozialistische Auslandspolitik“ ins Treffen:

Deutsche Professoren und Prinzen sogar haben es begriffen und ausgesprochen, daß man sich durch einseitige Verteilung der „Schuld“ nur jede Möglichkeit zu einer Billarverständigung, zu ernsthaften Friedensunterhandlungen veranlaßt. Der „Sozialdemokrat“ Paul Hirsch jedoch macht für die Fortdauer des Krieges lediglich die Entente-Regierungen verantwortlich.

Als wer aus der Bissonnote der Entente die unumstößliche Tatsache erklärt hat, daß die Entente allein an der Fortführung des Krieges die Schuld trägt, darf dies bei Leibe nicht ausgesprochen. Er muß vielmehr sich krampfhaft bemühen, auch ein paar Schuldpunkte gegen Deutschland zu konstruieren. Jetzt wird uns erst die Schreiheweise einiger Minderheitsblätter vorkommen, deren schiefe Vergleiche zwischen der deutschen und gegnerischen Politik schon immer unser Kopfschütteln erregte.

Geinrich Wehler, der leitende Redakteur des „Volkblatts“ in Bochum, ist am Donnerstag, sechshundachtzigjährig, einem schweren Leiden erlegen. In ihm verliert die sozialdemokratische Parteipresse einen ihrer besten Köpfe und charaktervollsten Vertreter. Genosse Wehler war am 12. November 1861 als Kind einer Proletarierfamilie zur Welt gekommen und hatte seine Jugend in Sachsen verbracht, wo er das Dreiflerhandwerk lernte und sich früh der aufstrebenden Arbeiterbewegung anschloß. Als Berichterstatter, dann Redakteur verschiedener sächsischer Parteiblätter, bekleidete er zugleich in der Organisation eine Reihe wichtiger Ämter und kam schließlich als Redakteur der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ und Mitglied des Landesvorstandes für das Königreich Sachsen nach Dresden. Von dort wurde er in die Redaktion des „Vorwärts“ geholt, der er bis zum bekannten Konflikt im Jahre 1905 angehörte. Bald darauf eröffneten ihm die Bochumer Genossen, indem sie ihn zur Leitung ihres „Volkblatts“ beriefen, eine neue Stätte reichen Schaffens. Wehler verzurzelte bald in den Verhältnissen des Ruhrreviers und machte sein „Volkblatt“ zu einer vielgelesenen, in der Partei und über ihren Kreis hinaus viel beachteten Zeitung. Er war auch der Verfasser zahlreicher Agitationsbroschüren, eines Kommentars zum sächsischen Vereinsgesetz und zum sächsischen Wohlgesetz, eines Faltens durch die Versicherungsgeleierte und Mitarbeiter am Preußen-Handbuch. Was er geworden und wie er es geworden, das könnte allen, die den wirklich nicht leichten Weg von der Werkstatt in die Redaktionsstube gegangen sind, als Muster dienen. Kasuelle Arbeit für die Sache der Arbeiterklasse, das war der Inhalt seines Lebens. In der Geschichte der Partei und der Parteipresse, besonders auch des „Vorwärts“, ist seinem Namen ein ehrenvolles Andenken gesichert!

Die norwegische Sozialdemokratie für einen internationalen Sozialistenkongress.

Der norwegische Parteivorstand beschloß eine Friedensresolution, in der im Anschluß an den bereits mitgeteilten Beschluß der amerikanischen Sozialisten beantragt wird, einen internationalen Sozialistenkongress durch das Haager Bureau einzuberufen. Der Kongress soll in einem der skandinavischen Länder abgehalten werden. Ein anderes neutrales Land in Europa oder in Amerika wäre nach Auffassung der norwegischen Arbeiterpartei ungewöhnlich.

Aus Industrie und Handel.

Zwangsinhabizierung der Zementindustrie.

Ähnlich wie im Kohlenbergbau hat sich der Bundesrat bemüht gesehen, den unhaltbaren Verhältnissen in der Zementfabrikation zu steuern, deren Lage schon vor dem Kriege völlig verfahren war. Es wurden immer neue Werke gegründet und dadurch Preisunterbietungen angeregt. Die Bildung eines Syndikats wurde durch langfristige Lieferungsverträge außerordentlich erschwert.

Bereits mit Verordnung vom 29. Juni 1916 wurde die Neuerrichtung von Werken und der Abschluß langfristiger Verträge verboten. Daraufhin festigten sich zwar lokale Verbände Norddeutschlands und Süddeutschlands, aber in Rheinland-Westfalen blieb die Industrie im Zustande der Anarchie und lieferte sogar in das Abfallgebiet des norddeutschen und süddeutschen Zement-Syndikats.

Daher hat der Bundesrat dem Reichskanzler (nicht, wie bei der Verordnung über den Steinkohlenbergbau, den Landesregierungen) das Recht erteilt, Bestimmungen über die Erzeugung und den Absatz sowie über die Preise und Lieferungsbedingungen für Zement zu treffen und langfristige Verträge aufzuheben. Unter dem Druck dieser Verordnung, deren baldiges Erscheinen in Fachkreisen bekannt war, ist es zu einem Zusammenschluß der rheinisch-westfälischen Zementwerke mit Anschluß des Werkes „Rote Erde“ gekommen. Auch über die langfristigen Lieferungsverträge hat man sich geeinigt. Die lokalen Zement-Syndikats werden sich untereinander verständigen.

Die Bundesratsverordnung ist zu begrüßen. Sie verhindert in einer Zeit, in der mehr als je mit Kapital gepart werden muß, die Anlage von Kapitalien in einer Industrie, die bereits übermäßig entwickelt ist. Sie verbietet zugleich, daß die Zementwerke ihre neue Monopolgewalt mißbrauchen, weil über ihnen stets das Damoklesschwert behördlicher Preisfestsetzung hängt. Die Bundesratsverordnung hat aber eine große Lücke: sie sorgt nur für die Industrie, nicht für die in der Industrie beschäftigten Arbeiter. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß über das Schicksal der Industrie, die mit Staatshilfe honoriert wurde, nur die Kartellherren zu befinden haben und daß den Arbeitern nicht auch eine Vertretung zur Wahrung lebenswichtiger Interessen eingeräumt ist.

Das Schulbeispiel der Sardinien.

Die Stadtpolizei kann in anschaulicher Weise zeigen, wie schuldhaft begehrte Lebensmittelvorräte von schamlosen Speculanten dem Markte entzogen werden. Sie entdeckt in den hauptstädtischen Lagerhäusern nicht weniger als 5000 Kisten und an verschiedenen anderen Orten weit mehr als tausend Kisten Sardinien im Gesamtwert von mehr als 200 000 Kronen. Auch in diesem Artikel wurde ein regelrechter Kettenhandel getrieben. Einzelne Großhändler, Wollenskommissionäre und Banken hatten die Ware aufgekauft und dem Markte entzogen. Diese Banken sind: die Ungarische Verkehrsbank, die Ungarisch-tschechische Industriebank, die Anglo-Oesterreichische Bank und die Ungarische Gewerbank. Die Banken haben nicht so sehr Waren aufgekauft, als vielmehr die Anläufe finanziert, indem sie die Waren belehnten. Die Aktion der Polizei hatte zunächst zur Folge, daß aus den Magazinen des Wollenskommissionärs Albert Viharí Waren im Werte von einer halben Million Kronen, darunter recht bedeutende Dubnilitäten Sardinien, konfiszirt wurden. Dabei konnte die ganze Entziehung des preistreibenden Kettenhandels festgesetzt werden. Es bildete sich ein Konfortium, zu dem auch die bisherigen Wollenskommissionäre Nag, Frei, C. Esler, M. Haudner, M. Wader und mehrere andere gehörten. Sie kauften sämtliche Sardinien zusammen, die überhaupt nur erhältlich waren, machten überallda Reisen, kauften sogar von dem kleinsten Einzelhändler in der Provinz, was sie nur erhalten konnten, und lagerten die Ware, zu deren Ankauf ein Heer von Agenten verwendet wurde, ein, ohne sie auf den Markt zu bringen. Diese Manipulation hatte zur Folge, daß seit einem halben Jahre im Engrosverkauf Sardinien nicht mehr erhältlich waren. Das Konfortium, das auch „in“ anderen Lebensmitteln handelte und einen Umsatz von Millionen machte, verfiel nicht über die entsprechenden Baarmittel und setzte sich deshalb mit Banken in Verbindung, die ihm sehr bedeutende Leihgelder gewährten. Vorläufig wurden nur Sardinien konfiszirt, aber auch die anderen Lebensmittel dürften an die Reihe kommen. Die Polizei hat schon bisher mehrere Bankdirektoren verhaftet, die im Verdacht stehen, daß sie die Art der „Kaufleute“, denen sie Vorschüsse gewährten, wohl gekannt haben.

Japans wirtschaftliche Expansion in Südafrika. Der „Economiste français“ bespricht die Zunahme der japanischen Ausfuhr nach Südafrika. Sie ist die Folge der Einrichtung eines japanischen Dampferverkehrs nach England und Frankreich über das Kap der guten Hoffnung. Die Fortschritte des japanischen Handels in den verschiedenen britischen Dominions sind eine interessante Wirkung des Weltkriegs.

Verantwortlich für Politik: Hermann Müller, Tempelhof; für den übrigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Reutchen; für Inserate: Th. Glöckle, Berlin. Preis u. Verlag: Sonntags-Neuzeitung u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co. Berlin SW.

Sieger 1. Weltkrieg und Nachkriegsblätter.

<p>Cigarren, Cigaretten, Kaufabake Engros F. Ernst Borch, Kl. Poststr. 21.</p> <p>Alkohol. Getränke Franz Abraham Fink. Meissner u. Römertrank-Kell. E. 25 Bar. Nr. 5a, Fernsp. Kst. 18708</p> <p>Wass. Anstalt Moukollin Annenbergstr. 25. Koppenstr. 35 sämliche Bäder. National-Bad, Brunnenstr. 2. Passage-Bad, Kottbusser-Damm 72. Reform-Bad, Wiener Str. 68. Bäder- u. Konditoreien</p> <p>Oskar Hanke's Brotback. 75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins sowie in Neukölln u. Treptow gegründet 1892. F. Kleinwetter, Schloßstr. 14. G. Meier, Grünberg 27.</p>	<p>Erscheint 2 mal wöchentlich.</p> <p>Otto Wolff, Troptow, Kr. List, 18 Zachau, Gr.-Lichterf., Chaussee 114</p> <p>Handagen, Gummis. R. Baake, Straßburger Str. 56. E. Kraus, Kommandantenstr. 15. A. E. Lange, Brunnenstr. 158</p> <p>Butter, Eier, Käse Wilhelm Göbel 15 eigene Filialen.</p> <p>Gebrüder Manns 48 eigene Detailgeschäfte</p> <p>Schröter, R. 43 Dönhofsstr. 43</p> <p>Uhly & Wolfram</p>	<p>Bezugsquellen-Verzeichnis.</p> <p>August Holtz 13 Detail-Geschäfte. Bierbrauerei, Bierhandlg. Brauerei Bötzwow empfehlen Qualitätsbiere ersten Ranges. C. Habels Brauerei hell - Nabelbräu - dunkel. Münchener Brauhaus Berlin und Oranienburg Trinkt Wanninger Bier! Weissbier, C. Breithaupt, Pallasenstr. 97 Tel. 1941, 1942</p>	<p>Drogen und Farben Werdor-Druggen, Kr. Badwarst 10</p> <p>Eisgfabriken Timmer-Essig Sberall erhältlich!</p> <p>Fleisch- u. Wurstw. W. Beck Inh.: Herm. Carboch Charlottenburg, Berlinerstr. 68-69 Fleisch- und Wurstwarenfabrik Willy Gerike, Petersburgerstr. 31 Otto Kogel, Alte Jacobstr. 34 Herron u. Knabengard Niedstr. 36, Ecke Prinzen-Allee Laska & Sipeckl, Seibel-Alter Rosenthalerstr. 2. Eckhaus Linienstr.</p> <p>Kolonialwaren Adam Schmitz, Schloßstr. 11.</p>	<p>Eisen, Stahl, Waffen, Werkz. Carl Jung, Stromstr. 11. Rühlmann, P.-Müllerstr. 66b, E. Seest</p> <p>Mehlhandlungen Bethke, Georg, Sokoln, Weist. 11, Kaiser-Str. 44. Str. 44, Weierstr. 155, Friedrichstr. 31 Tropien, Grün-Str. 84.</p> <p>Gaede, Otto Charlottenburg. Wrangelstr. 75 Ecke Cuvrystr.</p> <p>Nähmaschinen Bellmann, E., Gellnowstr. 36 Nähmaschinen</p> <p>Singer Nähmaschinen Läden in allen Stadtteilen.</p>	<p>Unterstehende Geschäfte empfehlen sich b. Einkauf.</p> <p>Hüte, Mützen, Pelzwaren Vester, E. Kottbusser-Damm 181/19 Estr. Weis. Wollw. T. Kott. Korunn Meyer, Schloßstr. 11.</p> <p>Photogr. Apparate M. Albrecht 50, Kottbusserstr. 2. auch Gelegenheitskaff.</p> <p>Weine, Liköre, Fruchtsäfte Hugo Boling 40 Filialen in allen Stadtteilen.</p> <p>Herm. Meyer & Co., Act. Ges. ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.</p>	<p>Meierei C. Bolle A.-G. Berlin N.W. 21 Altentor und gründer Milchwirtschaftlicher Grossbetrieb</p> <p>Optiker, Mechaniker Schubert, Carl, N. K. Str. 146</p> <p>Schreibwaren O. Prochow, Mühl. Str. 69</p> <p>Uhren u. Goldwaren Lehmann, Alb., Frankf. Allee 10</p> <p>Versicherungen „Deutschland“ Berlin Arbeiterversicherung - Schützen- Sicherungsvericherung, Straße 1. Spandau Schöberfeld, Berlin, 11, Mühl., W. Str.</p>
---	---	---	--	---	--	---

Arbeiterfragen vor dem Hilfsdienstauschuß.

In der fortgesetzten Diskussion am Freitag beschäftigte man sich zuerst mit den Verkehrsschwierigkeiten.

Verkehrsschwierigkeiten.

Abg. Gotheim warnt davor, den Personenverkehr immer weiter einzuschränken. Die im Verkehr belassenen Güge werden überlastet. Die Folgen sind Verzögerungen und eine völlige Verwirrung des Verkehrs.

General Gröner rechtfertigt die Einstellung des Personenverkehrs.

Abg. Carstens (Sp.) wünscht eine zeitliche Begrenzung der jetzt getroffenen Maßnahmen.

Die Kommission wandte sich nunmehr der Zusammenlegung der Betriebe

Zusammenlegung der Betriebe

zu. Abg. Müller (Zulda) bespricht den Stilllegungsplan der Baumwollindustrie, der nur einigen wenigen Betrieben mitgeteilt worden ist. Das hat dazu geführt, daß jetzt Hunderte von Protesten eingegangen sind. Diese Proteste sind weder sachmännisch geprüft noch beantwortet worden. Von 3000 Baumwollwebereien sollen nur 51 weiter arbeiten dürfen. Die Interessenten haben nachgemeldet, daß die Zusammenlegung die erhofften Vorteile garnicht bringen könnte.

General Gröner erklärt, daß die Vorgänge in der Textilindustrie nicht unter das Zivildienstgesetz fallen und deshalb vom Kriegsamt dem Ausschuss gegenüber nicht zu verantworten sind.

Abg. Leaten: Auf die Strohhutindustrie hat das Hilfsdienstgesetz die Wirkung ausgeübt, daß die Unternehmer die Lederzeitarbeit in ungeheurem Maße ausgedehnt haben. Sie fürchten, daß ihre Industrie als Luxusindustrie erklärt werden könnte, und nutzen nun die Arbeitskraft der Arbeiterinnen ungebührlich aus. Das Verbot der Lederzeitarbeit in der Strohhutindustrie ist dringend nötig; denn gerade in diesem Beruf herrscht große Arbeitslosigkeit.

Unterstaatssekretär Richter schiebt die Schuld auf die örtlichen Behörden. Das Kriegsamt ist hier nicht zuständig.

Abg. Reimath bespricht die Entschädigungsfrage für die stillgelegten Betriebe, denen auch die Mittel für die Wiederaufnahme ihrer Betriebe gewährt werden müßten.

General Gröner: Die arbeitenden Betriebe erhalten nur die Selbstkosten, alles andere müssen sie abliefern. Die Ausschüsse nach § 4 des Gesetzes kommen nur in Betracht für die Herausziehung von Arbeitern aus den Betrieben. Für die Zusammenlegung der Betriebe sind diese Ausschüsse nicht zuständig.

Abg. Gotheim stellt fest, daß im Hilfsdienstgesetz die Zusammenlegung der Betriebe nicht vorgehien ist. Der Ausschuss hat sich mit diesen Dingen aber doch zu befassen, denn nach § 10 Abs. 2 ist das Kriegsamt verpflichtet, den Ausschuss über alle wichtigen Vorgänge auf dem laufenden zu erhalten.

General Gröner: Der Ausschuss soll jederzeit Auskunft erhalten, aber er hat nicht die Befugnis, in das gesamte Gebiet des Kriegsamts hineinzuwirken, denn er ist nur für die Ausführung des Zivildienstgesetzes geschaffen.

Abg. Gröber bekämpft diese Auffassung. Bei der Textilindustrie haben die großen Firmen dafür gesorgt, daß nur sie weiterarbeiten können. Die

Arbeiter sind einfach gar nicht gefragt;

eine Eingabe der Arbeiterorganisationen der Textilindustrie an das Kriegsamt ist nicht beachtet worden. Das Hilfsdienstgesetz soll der Arbeiterbeschaffung dienen, aber nicht dazu, daß einzelne Unternehmerkreise sich Vorteile verschaffen und die Arbeiterschaft ihrem Schicksal überlassen.

Abg. Müller (Zulda) stellt fest, daß die Vertreter der Baumwollindustrie sich zu Unrecht bei ihrem Zusammenlegungsbeschluss auf das Hilfsdienstgesetz und auf das Kriegsamt berufen haben. Die in Betrieb verbleibenden Firmen haben die Selbstkosten so festgesetzt, daß für sie ein hoher Gewinn herausfließt. Der Interesse der Arbeiter hat man mit keinem Wort gedacht.

General Gröner: Mir ist nichts davon bekannt, daß ich meine Zustimmung zum Zusammentritt und zu den Beschlüssen der Kommission der Textilindustriellen gegeben habe.

Abg. Dr. Rieger hält nach dem vorgelegten Material die Beschlüsse der Textilindustriellen für ungültig. Die Zusammenlegung von Betrieben darf nicht erfolgen, ehe nicht das Schicksal der beteiligten Arbeiter entschieden ist.

Abg. Leaten: Der Zweck des Gesetzes sollte sein, für Deckung des Bedarfs eine Organisation zu schaffen. Daraus ergibt sich klar, daß der Ausschuss bei Zusammenlegungen mitzuwirken hat. So kann es nicht gehen, daß ein freier Ausschuss zusammentritt, der den Beschlüssen folgt, seine Konkurrenten stillzulegen. Das ist eine direkte Umgehung des Gesetzes.

Die Unternehmern in der Schuhwarenindustrie scheinen den gleichen Weg einschlagen zu wollen. Vertreter der Arbeiter hat man dort zurückgewiesen. Das Kriegsamt hat die Pflicht, diesem Treiben ein Ende zu machen. Solange für die weitere Unterbringung der Arbeiter nicht gesorgt ist, darf die Zusammenlegung der Betriebe nicht beschließen werden. Der Kriegsausschuss hätte seinen Zweck verfehlt, wenn er bei solchen Fragen ausgeschaltet werden sollte.

Abg. Dittmann betont, daß unter Umständen durch die Stilllegung von Betrieben ganze Gemeinden ruiniert werden können, in denen es eine andere Industrie nicht gibt. Die Verpflegung der Textilarbeiter ist auch bedenklich, weil gerade in ländlichen Gebieten die Textilarbeiter häuflg Vespiger einer kleinen Scholle sind, die sie nicht ohne weiteres aufgeben können. Die Vorgänge in der Baumwollindustrie müssen unbedingt nachgeprüft werden.

General Gröner erklärt, das Kriegsamt könne sich auf umständliche Verhandlungen nicht einlassen; es müsse rasch gearbeitet werden. Das Kriegsamt könne die Zusammenlegung von Betrieben nicht anordnen, sondern nur den Beschlüssen der Interessenten zustimmen.

Abg. S. e. h. (Soz.) bezeichnet es als ungeheuerlich,

wenn so verfahren werden kann, wie es bei der Textilindustrie der Fall gewesen ist. Die Ausschüsse nach § 4 müssen bei Zusammenlegungen gehört werden. Schon deshalb, weil die einzelnen Generalkommandos ein ausgedehntes Wirtschaftsgebiet umfassen. Werden die Vertreter der Arbeiter nicht gehört, dann muß das böse Blut machen. Das Kriegsamt ist verpflichtet, einem Mißbrauch des Gesetzes entgegenzutreten.

Abg. Graf Westarp findet, daß die Textilindustriellen sich eigentlich ganz im Rahmen der Befugnisse gehalten haben, die der Industrie eingeräumt worden sind.

Abg. Ebert erinnert daran, daß bei der Beratung des Gesetzes weitgehende Zusicherungen gegeben wurden, die jetzt offenbar nicht gehalten worden sind. Es ist direkt befremdlich, daß Arbeiter nicht gehört wurden. Mindestens hätte der Arbeitervertreter im Kriegsamt vor der Zusammenlegung in der Baumwollindustrie gehört werden müssen. Redner fordert Auskunft darüber, wie man sich die Unterbringung der Arbeitslosen denkt.

General Gröner: Der Arbeitervertreter im Kriegsamt wird zu allen Sitzungen zugezogen und wirkt bei den Entscheidungen mit.

Bei Beginn der Nachmittagsdisskussion wurde zunächst der Entwurf einer Bundesratsverordnung über das Verfahren bei Verzweigung des Abstreifeins beraten. Die Vorlage wurde mit einigen redaktionellen Änderungen angenommen.

Darauf wurde die Debatte vom Vormittag fortgesetzt.

Abg. S. e. h. (Soz.): Nach den Zusagen, die bei der Beratung des Gesetzes gemacht worden sind, sollten die Unternehmer bei Zusammenlegungen dem Kriegsamt Vorschläge machen und dieses sollte dann selbständig entscheiden. Den Arbeitern ist schonungslos Rücksicht versprochen worden, und das muß nun auch neuerdings wieder durch eine Zusage zum Ausdruck gebracht werden.

Abg. Rieger (natl.) vertritt die Ansicht, daß bei beabsichtigter Stilllegung von Betrieben alle beteiligten Unternehmer gehört oder doch mindestens benachrichtigt werden müssen.

Abg. Gröber (S.) legt dar, daß es unter keinen Umständen gehe, daß

Unternehmer einfach abgemurxt

werden. General Gröner habe bei Beratung des Gesetzes versichert, daß die Arbeit zu den Arbeitern gebracht werden solle; die seitberigen Erfahrungen zeigen aber, daß genau das Gegenteil beabsichtigt wird.

Die Kommission stimmte dann zwei Beschlüssen zu. Der erste besagt, daß die Zusammenlegung die Reinigung des Materials einzubolen ist. Der zweite Antrag, von den Sozialdemokraten gestellt, verlangt bei Maßnahmen des Kriegsamts, daß auf eine Stilllegung einzelner Betriebe hinauslaufen, Vertreter der Arbeiterorganisationen zu hören.

Die Beratung wendet sich nunmehr den

Ausschüssen nach §§ 7 und 9

zu. Abg. Dittmann bestritt, daß die Selben als Arbeiterorganisationen zu betrachten sind. Deshalb können Angehörige dieser Organisationen nicht Arbeitervertreter in den Ausschüssen sein. Zu bemängeln ist auch, daß Frauen nicht als Beisitzer berufen werden können.

Abg. Leaten legt dar, daß das Gesetz nur für männliche Personen gilt; deshalb ist auch ein Antrag nicht gestellt worden. Frauen als Beisitzer zuzulassen. Die Ausschüsse sollten spätestens zum 1. Februar ihre Tätigkeit aufnehmen. Den Selben kann eine Vertretung in den Ausschüssen auf keinen Fall zugestanden werden, weil sie von den Unternehmern unterhalten werden. Redner weist das an der Hand zahlreicher Beispiele nach. Wenn man sie berufen will, dann müßte man sie als Vertreter der Unternehmer berufen. Sollte der Verlust gemacht werden, die Selben in diese Ausschüsse hineinzubringen, dann lebten die Vertreter der Gewerkschaften aller Richtungen die Mitarbeiter in den Ausschüssen ab.

Unterstaatssekretär Richter erklärt, das Kriegsamt sei in der Auswahl der Beisitzer frei. Es könne selbstverständlich auch Weibe berufen.

S. h. i. e. l. d. (L.) vertritt den gleichen Standpunkt.

Im weiteren Verlaufe der Diskussion kam es zu scharfen Zusammenstößen zwischen den Konterparten und den Vertretern der Gewerkschaften, nachdem Graf Westarp behauptete, die Gewerkschaften treiben Mißbrauch mit dem Gesetz; ihr Vorgehen sei gegen die Sicherheit des Vaterlandes gerichtet. Die Abgeordneten Wreb, Segen und Giesberts traten diesen Auslassungen mit aller Schärfe entgegen. (Schluß im Hauptblatt.)

Aus Groß-Berlin.

Städtische Kinderlesehallen.

Mit der Errichtung besonderer Kinderlesehallen begann die Stadt Berlin erst vor einigen Jahren. Im 1913/16 kamen zwei neue hinzu, so daß ihre Zahl auf vier stieg. Der Besuch war ganz außerordentlich stark, auch in den neu eröffneten Kinderlesehallen lagte sich vom ersten Tage an. Die vier Lesehallen wurden, wie in dem Jahresbericht der städtischen Bibliotheksverwaltung zu lesen ist, von 80 525 Knaben und 41 203 Mädchen, zusammen 121 728 Kindern besucht; sie hatten nahezu ebensoviele Gäste wie die 18 Lesehallen für Erwachsene. Der Bericht lautet:

„Die Kinder, zu zwei Dritteln Knaben, zu einem Drittel Mädchen, stammen zum größten Teil aus den ärmsten Kreisen, und doch gewöhnen sie sich schnell an die für eine Lesehalle unerlässliche Ordnung und Sauberkeit. Sie sind gut diszipliniert; selten mal, daß ein zur Ruhe gemahnt oder gar auf einen oder ein paar Tage ausgesperrt wird. Es ist eine Freude, sie in diesen behaglichen, hellen Räumen, die mit Bildern und Blumen geschmückt sind, mit Vildern- und Lebehütern, die jeder Altersstufe angepaßt sind, eifrig beschäftigt zu sehen. Wegen der großen sozialen Bedeutung der Kinderlesehallen, die den Eltern manche Sorge abnehmen, weil sie ihre Kinder hier gut geborgen und dem Einfluß der Straße entzogen wissen, ist jedem Stadtteil eine solche Einrichtung zu wünschen.“

Zu wünschen? Nein, die Stadt ist verpflichtet, so schnell wie möglich das zu tun, was sie in ihrem eigenen Vorteil als so überaus nützlich preist. Hier ist ein Mittel gegen die „Verwahrlosung der Jugend“ aufgezeigt, das sehr wirksam sein kann, während die dieser Tage in einer Konferenz der Schulkommissionsvorsitzer empfohlene Erweiterung des Nüchternheitsrechts nur neuen Schaden stiftet.

Immer wieder Speisennappheit bei der Volksspeisung.

Die im „Vorwärts“ mitgeteilten Fälle aus den Ausgabestellen der Kommandantenstraße, der Danziger Straße und der Müllerstraße vermehren sich im einen neuen Fall aus der Kuba-Play-straße. Wo die schon in der vorigen Woche bemerkbar gewordene Speisennappheit sich am Dienstag dieser Woche wiederholte. Beide Male mußten Personen abgewiesen werden weil es nichts mehr gab. Da die Volksspeisungsteilnehmer sich vorher anzumelden haben, sollte man meinen, daß bei hinreichender Kenntnis solcher Mängel zu vermeiden wären. Wüßten doch die verantwortlichen Personen sich mal in die Lage derjenigen versetzen, die nach Hingabe ihrer Kartenabschnitte das besetzte Eisen nicht erhalten, aber nun auch keine Lebensmittel mehr kaufen können! Und für den Hungerigen, der sein Mittagessen in der knappen Arbeitspause zu sich nehmen muß, ist es ein verdammt schwerer Trost, wenn er erfährt, daß vielleicht in zwei Stunden wieder etwas da sein werde. Direkt fomicil aber wirkt der Rotzbel, das Essen — am folgenden Tage nachzuliefern.

Eine andere Beschwerde führte uns dazu, die Ausgabestelle in der Kaglestraße zu besichtigen, die von der Küche in der Wälderstraße beliebert wird. Der Zufall wollte, daß es gerade an diesem Tage wieder einmal nicht klappte. Gegen 1/2 Uhr trat plötzlich eine Siedung ein, weil die gelieferten Speisen verteilt waren und die zweite Lieferung ausgeblieben war. Der Betrieb mußte fast in dem Augenblick unterbrochen werden, wo die heranstömende Saar der Speisungsteilnehmer zu ihrer größten Stärke answoll. Es kamen besonders viele Arbeiter und Arbeiterinnen, die in den benachbarten Fabriken, namentlich bei der Kuergeleisbahn, beschäftigt sind und in der Mittagspause ihr Essen sonst in der Ausgabestelle verzehren wollten. Als um 1 Uhr endlich die Speisen entrafen, gab es ein Schreien und Drängen, weil jetzt jeder lächerlich abgefertigt zu werden wünschte, und noch um 1/2 waren die Abfertigungstische von Wartenden umlagert.

Berliner Lebensmittelnachrichten.

Die auf Abschnitt 20 und 21 der Berliner Lebensmittelkarte entfallenden je 100 Gramm Mehl dürfen auch über den 27. Januar hinaus bis zum 4. Februar gegen Abtrennung der genannten Lebensmittelartenabschnitte ohne Voranmeldung in Berliner Mehlhandelsgeschäften abgegeben werden. Es kommen also für die Abgabe dieses Mehls nur die Mehlgeschäfte, nicht auch alle diejenigen Geschäfte in Betracht, in denen die übrigen auf Lebensmittelartenabschnitte entfallenden Nahrungsmittel abgegeben zu werden pflegen.

Nachträglich wird uns mitgeteilt: Der Magistrat Berlin richtet besondere Verkaufsstellen ein, in denen Mehl an denjenigen Teil der Bevölkerung abgegeben wird, der noch nicht in der Lage war, die ihm auf die Lebensmittelartenabschnitte 20 und 21 zustehenden 200 Gramm Mehl in Mehlgeschäften zu erhalten. Die betreffenden Verkaufsstellen werden alsbald bekanntgegeben werden.

In der nächsten Woche wird in Groß-Berlin durch die Fettstelle auf den Kopf der Bevölkerung 30 Gramm Butter und 30 Gramm Margarine verteilt werden.

Ablieferung von Haushaltsknochen an die Stadt.

Die Stadt Berlin hat die Organisation der Fettgewinnung aus Knochen in Angriff genommen, und der Magistrat erläßt nunmehr eine Verordnung, wonach gekochte und frische Knochen aller Art, die in Haushaltungen, Anstalten, Gastwirtschaften usw. abfallen, getrennt von anderen Abfällen bis zur Abholung aufzubewahren und an die vom Magistrat mit Ausweis verliehenen Sammler abzuführen sind. Die Einforderung und Abgabe der Knochen hat mindestens zweimal in der Woche zu erfolgen, und zwar in der Zeit von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends. Die Haushaltungen können die Knochen auch durch Vermittlung des Hauswirts oder einer anderen Person abliefern lassen; allerdings ist der Haushaltungsvorstand bzw. der Anstalts- oder Betriebsleiter dafür verantwortlich, daß der Verpflichtung zur Aufbewahrung und Ablieferung genügt wird. Die Sammler haben ein Entgelt von 4 Pf. für ein Hund Knochen zu zahlen. Die eingekammelten Knochen werden durch Sammelstellen einer Verarbeitungsanstalt zugeführt; das daraus gewonnene Speisefett fällt der Stadtgemeinde Berlin zu und wird von ihr für die Einwohnererschaft nutzbar gemacht werden. — Durch die Magistratsverordnung werden alle etwa bestehenden Privatverträge über Ablieferung und Aufbewahrung von Knochen, die in Haushaltungen, Gastwirtschaften oder Anstalten abfallen, aufgehoben. — Die Verordnung bezieht sich nur auf die Stadt Berlin und tritt am 28. Januar in Kraft.

Der Hauptauschuß der Kriegserwitwen- und Waisenfürsorge, dessen Arbeitsauschuß in Berlin mit der Nationalkassierung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen in enger Verbindung steht und mit dem Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge, soweit gemeinsame Aufgaben in Betracht kommen, wie z. B. die Familienhilfe, rege Fühlung hält, hielt seine dritte Sitzung ab. Vertreten waren: eine Anzahl von Reichs- und bundesstaatlichen Ministerien und die dem Hauptauschuß angeschlossenen großen Reichsverbände sowohl der Kriegs- und Friedenswohlthätigkeit als auch der Gewerkschaften. Wichtige aktuelle Fragen standen zur Erörterung: Militärverwaltung und Kriegsahinterbliebenenfürsorge, Landfrage und Kapitalabfindung, die gemeinsamen Arbeitsgebiete der Kriegsahinterbliebenen- und Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Auskunft über alle einschlägigen Fragen erteilt der Arbeiterauschuß der Kriegserwitwen- und Waisenfürsorge in Verbindung mit der Nationalkassierung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen, Berlin W. 30, Mühlener Str. 49.

Ein eigener städtischer Arbeitsnachweis. Der Magistrat Berlin hat beschlossen, einen eigenen städtischen Arbeitsnachweis zu errichten und zu diesem Zweck den Arbeitsnachweis des Zentralvereins für Arbeitsnachweis mit allen angeschlossenen Hocharbeiter-Nachweisen zu übernehmen. Er hat ferner beschlossen, hierfür einen besonderen Direktor mit einem Anfangsgehalt von 8000 M. anzustellen. Der Zentralverein konnte sich nicht mehr halten. Die Zuschüsse fliegen von Jahr zu Jahr. Für das laufende Jahr hat der Magistrat allein über 217 000 M. bewilligt. Die angestellten 63 Beamten beziehen ein Gehalt von rund 145 000 M., dazu kommen hohe jährliche Ausgaben, die sich ebenfalls von Jahr zu Jahr steigerten.

Brot muß an jedermann abgegeben werden! Das Polizeipräsidium teilt mit: Von einigen Sachwarenerkäufern ist die Abgabe von Brot mit der Begründung verweigert worden, daß die in ihren Geschäften noch vorhandene Ware bestellt und auch schon bezahlt sei. Ein derartiges Verfahren der Verkäufer ist unzulässig und strafbar. Nach der Verordnung des Magistrats vom 19. Juli 1916 muß das im Geschäftsbetriebe befindliche Brot ohne Rücksicht auf etwaige Vorherbestellung oder Vorausbezahlung an jedermann abgegeben werden.

Preisbeschränkungen für die Ausbesserung von Schuhwaren. Durch eine vom Bundesrat beschlossene Verordnung wird die Ausbesserung von Schuhwaren einer ähnlichen Preisbeschränkung unterworfen, wie sie schon bisher für den Verkauf solcher Waren galt. Von der Festlegung von Höchstpreisen ist mit Rücksicht auf die Verschiedenheit des Materials und die örtlichen Schwankungen der Löhne abgesehen worden. Für die Preisberechnung, die lediglich die Herstellungskosten einen angemessenen Teil der allgemeinen Aufwände und einen angemessenen Gewinn einschließen darf, sind die von der Gutachterkommission für Schuhwarenpreise aufgestellten Richtsätze maßgebend. Angaben über die Reparaturpreise und ihre Berechnung sind im Laden auszuhängen, außerdem ist der ausgebesserten Ware ein mit der Bezeichnung der Firma oder des Namens des Unternehmers der Reparatur verbundene Begleitschein beizufügen, aus dem Art der Ausbesserung und der berechnete Preis sowie die Zeit der Ausbesserung (Jahr und Monat) zu ersehen sind. Bei Vermutung übermäßiger Preisforderung kann schiedsgerichtliche Festsetzung des Preises beantragt werden. Das Schiedsgericht ist das gleiche, das auch Streitigkeiten über die Verkaufspreise von Schuhwaren entscheidet.

Die Verwertung getragener Kleidung. Für die Abnahme, Verarbeitung und Verwertung der getragenen Kleidungsstücke soll für Groß-Berlin eine Kleiderverwertungsgesellschaft m. b. H. gegründet werden, der von den Magistraten von Berlin, Charlottenburg, Wilmersdorf und Schöneberg die gesamte Organisation des Ankaufs, Einlaufes und Verkaufes übertragen werden soll. Die neue Gesellschaft wird unter Beteiligung der Stadtverwaltungen von dem Verband Berliner Spezialgeschäfte, dem Verein der Textilhändler Groß-Berlins, dem Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser, der Verwertungsgesellschaft unreinigter Schneider-Innungsmesser von Groß-Berlin und dem Verband Berliner Arbeitgeber im Herrenmoda- und Bekleidungsindustrie gebildet. Für die Abnahmestelle in Berlin, die in größtem Umfang eingerichtet wird, ist ein großes Geschäftszentrum Berlins in Aussicht genommen.

Die notleidenden Anwälte. Der Berliner Anwaltverein hat beschlossen, den Anwälten zu empfehlen, angesichts der dauernden Teuerung einen Zuschlag von 25 Proz. zu den gesetzlichen Gebühren zu erheben, soweit dem nicht die Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage des Auftraggebers entgegensteht. Auf Deutsch: von dem, der nichts hat, wollen auch die Anwälte nichts nehmen, die übrige Menschheit, die unter der Teuerung notleidend zu leben hat, soll aber um 25 Proz. stärker bluten.

Rohstoffzufuhr auch an Sonntagen. Die des Holzgepräskämms mitteilt, wird mit Rücksicht auf die infolge Beförderungsstörungen...

Keine Badwaren an deutsche Kriegsgefangene in Frankreich. Man schreibt uns: Die ausreichende Versorgung unserer Kriegsgefangenen in Frankreich...

Die Berliner Post am Geburtstag des Kaisers. Die Schalter werden von 8-9, 12-1 und 5-7 Uhr geöffnet sein. Pakete und Wertbriefe werden wie werktags nur bis 6 Uhr nachmittags angenommen.

Sämtliche städtischen Bureaus und Kassen werden heute um 1 Uhr geschlossen.

Unentgeltlicher Unterricht in der Säuglingspflege mit praktischen Übungen, findet wöchentlich einmal im Kinderhaus Blumenstraße 97, statt.

Einschränkung der Frauenabteile. Eisenbahnämtlich ist bestimmt worden: 1. Alle Frauenabteile der I. Wagenklasse werden beseitigt...

Städtisches Obdach. Nach dem letzten Verwaltungsbericht stellte sich die Verlegung des Familienobdachs im 1543. des nächsten Obdachs um 492 272 Köpfe, die Zahl der Verpflegungstage im Familienobdach um 29 450 niedriger als im Vorjahre.

Deutsche Zentrale des „Nationalen Frauendienstes“. Die bei Ausbruch des Krieges geschaffenen Organisationen „Nationaler Frauendienst“, die auf den Gebieten der Kriegswohlfahrtspflege...

Die „Gräfin Weyersheim-Bergen“ hat am Donnerstag noch einige Juweliere zu beguttern veranlaßt und ist dann verheiratet worden.

Der Rüggeleer für den Eisport freigegeben. Nachdem schon seit Sonntag die Rüggeleer-Eisbahn in Benutzung genommen ist, erfolgte heute auch die antliche Freigabe der Eisfläche...

Die Schliersee (Hole-Theater) beenden am Dienstag ihr Gastspiel.

Ein diebstahliger Postauswechsler. In der Bekleidung des 16 Jahre alten Auswechslers Bruno K. in der Brunnenstraße...

Durch Sturz aus dem Fenster tödlich verunglückt ist der fünf Jahre alte Sohn Paul des Bräuers Illner, Reindendorfer Str. 44.

Versammlungen des Klubs „Vorwärts“. Dienstag, 28., und Donnerstag, 29., wurden wiederum starr bewachte Versammlungen in den Unionsfesthallen, Kreiswälder Straße bezw. in der Brauerei Hagenhofer...

Aus den Gemeinden. Die Neutöllner Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, die erste in diesem Jahre, wurde mit einer Ansprache des Vorsitzenden eröffnet...

Arbeiter-Jugend. Die beiden ersten Teile des neunten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Religionswang in den Fortbildungsschulen...

Neue Maßnahmen Neutölln in der Lebensmittelversorgung. Der Neutöllner Magistrat hat beschlossen, zum Zwecke der Fleischermehrung und Hebung der Ziegenzucht den Ankauf von Ziegenlammern mit allen Mitteln zu fördern.

Keine Sonntagssprechstunden in den Neutöllner Protokommissionen. Durch die Neuordnung der Versorgung der Militärurlauber mit Brot- und Lebensmittelkarten...

Die Charlottenburger Protokommissionen bleiben am heutigen Tage von 1 Uhr mittags ab geschlossen.

Serbet von Hauswirtschäften in Teltow-Beeskow. Der Vorsitzende des Kreisamtes erläßt folgende Bekanntmachung: Anträge auf Hauswirtschäften von Kindern und Kälbern werden künftig ohne jede Ausnahme abgelehnt.

Die Charlottenburger Protokommissionen bleiben am heutigen Tage von 1 Uhr mittags ab geschlossen.

Der Kartoffelverkauf in Spandau. Der Magistrat macht bekannt: Unter den heutigen Geschäftstagen ist die irtige Ansicht verbreitet, daß sie Kartoffeln nur an diejenigen Personen abzugeben hätten...

Neutölln. Durch die Ufermaur in die medien-burgische Schweiz und zu den Städten Frick Neutölln...

Heimatabend-Ausstellung Leipzig 1917 verschoben. Der geschäftsführende Ausschuss der Heimatabend-Ausstellung für Kriegsbekleidungsgegenstände Leipzig 1917 hat beschlossen, die Ausstellung...

Neuorganisation der Schweizerischen Fabrikinspektion. In der verflochtenen Dezemberlesion der Schweizerischen Bundesversammlung ist ohne jede besondere Debatte mit dem Gesamtbudget für 1917 auch die Neuorganisation der Fabrikinspektion...

Jugendveranstaltungen. Abnehmer Jugendauskunft, Sonntag, 28., Besuch des Bau- und Betriebsmuseums. Abfahrt 11.18 vormittags Bahnhof Spindlersfeld...

Eingegangene Druckschriften. Arbeiter-Jugend. Die beiden ersten Teile des neunten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Religionswang in den Fortbildungsschulen...

Jugendvereinsvereinigung Sportfreunde Neutölln. Sonnabend, den 27. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in der Turnhalle der Oberrealschule...

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet im „Sonntags-Beiblatt“, S. IV, 1. und 2. Teil, am Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 8 bis 10 Uhr statt.

Evva 1911. Als Reichsbildung wird gewährt: ein einmaliger Beitrag zu den Einbürgerungskosten in Höhe von 25 M., ein Zuschuß von 1 M. täglich für acht Wochen...

Armenvereinsbeitrag 100. Wenn nach der Kriegsvorgabe Ihre Frau den letzten Verdienst hat wie vordem, und in ihren Verhältnissen keine Änderung eingetreten ist...

Dem Andenten unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen! Es fielen: 4. Wahlkreis. Im Januar im Alter von 30 Jahren der Schlosser Paul Hilliges...

Kranken-, Sterbe- u. Zuschußkasse für männl. Personen aller Berufe Groß-Berlin. Am Mittwoch, den 24. Januar, verstarb das Mitglied August Thimian...

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Erbschneiderrührer Johann Gerber...

Lagerbier. Ersetzt ist Metus-Gold, Schaum u. Farbe wie Lagerbier. Malzbier. Ersetzt ist Metus-Caramel vollmundig, süßig, nahrhaft und wohlgeschmeckend...

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Norden. Drogerie, Farben, Fleisch u. Wurst, Getreide, Kolonialwaren, M. Saegbarth, W. Thoma, Metzgereien, L. E. Thak, Pankstr. 92, Wiese & Co.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Osten. Butter, Eier, Käse, P. H. Ackermann, 8 Filialen, Metzgereien, Photograph, Ateliers, Warenhäuser, Zahn-Atelier Wohlhoff.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek. Jedes Heft 20 Pfg. Kranzspenden sowie sämtliche Blumenarrangements liefert schnell und billig Paul Gross, Lindenstr. 68, Tel. 271.720

Kriegführung im Bienenstaate.

In der Revue Hebbomadaire macht Gaston Bonnier von der Pariser Akademie der Wissenschaften darauf aufmerksam, wie wenig die Bienen den Ruf als poetische Insekten verdienen, in dem sie stehen. Nach ihm ist der Staat der Bienen vielmehr voller Grausamkeit und Egoismus. Es gibt bei den Bienen keine gegenseitige Hilfe, ausgenommen aus Notwendigkeit für die allgemeine Wohlthat des Staates; es gibt bei ihnen kein Mitleid, keine Liebe; nur streng wissenschaftliche Zweckorganisation, nur Arbeit und Beharrlichkeit. Man sieht schon, worauf Herr Bonnier hinaus will? Kurz und gut: die Bienen sind natürlich die Kreuzen des Tierreiches. Davon abgesehen aber sind Bonniers Schilderungen darum von Interesse, weil sie in merkwürdiger Weise zeigen, wie verbreitet die Mittel der modernsten Kriegführung schon seit alters in Bienenstaaten sind.

Die Bienenkriege gehen so ungefähr auf dieselben Ursachen zurück, wie die Kriege der Menschenvölker: auf Ueberbevölkerung, Mangel an Nahrung, das heißt im Falle der Bienen Ueberfülle. Der Krieg wird in der Regel von den stärkeren Völkern begonnen, und zwar fallen sie über die schwächeren Völker regelmäßig in der Jahreszeit her, wo sie keinen Honig mehr aus den Blüten zu sammeln imstande sind. Der Honig des besiegten Feindes ist allemal der Siegespreis des Eroberers, doch dauert der Krieg im Bienenreiche selbst nach der wirtschaftlichen Vernichtung des Gegners noch weiter fort. Der individuelle Kampf zwischen Biene und Biene läßt sich als ein richtiges Preisfechten bezeichnen, indem die beiden Kämpfer sich mit Kiefern und Krallen fest umklammern, um in dieser Stellung ihren Stachel zur Verwendung zu bringen. Dabon abgesehen aber herrscht in der Bienenkriegführung ein sorgfältig durchdachtes System des Stellungs- und Festungskrieges.

Die Wehrzahl der Soldaten wird in den Bienenstaaten ausgeglichen, wo eine kleine, gutorganisierte Garnison einem Feinde selbst dann Widerstand leisten kann, wenn er weit überlegenen Kräften angeht. Zepellinkämpfe gibt es nicht, denn die Gegner setzen sich beim Kampfe so schnell wie möglich auf festen Grund zu kommen. In hohem Grade merkwürdig ist, daß die Heere über richtige Reitertruppen verfügen, die über den Köpfen der stehenden Streitkräfte dem Kampfe zuziehen und im Falle der Not den Truppenlagern zu Hilfe eilen. Diese sind nun, mögen sie in einem Feldloch, in einem Korbe oder in einem hölzernen Kasten angelegt sein, stets mit den nötigen Verteidigungswerten versehen. Eine Spezialtruppe von Pionieren ist damit beauftragt, von Erden und Wurzeln, Pappeln und Weiden eine Art Weim einzulammeln, der zur Zementierung der Wälle benutzt wird. Die Weite der Eingänge und Ausgänge entspricht genau den Körpermaßen der Bewohner. Gelingt es allen Vorichtsmaßregeln zum Trost feindlichen Bienen oder anderen Feinden die Toreingänge zu erzwingen, so nehmen die Angegriffenen ihre Zuflucht zum Schlingengrabenkrieg, wobei jeder einzelne der paratesten Wachposten einen besetzten Graben bildet.

Es klingt unwahrscheinlich, ist aber Tatsache, daß Schildwachen ausgestellt werden, und wenn eine Arbeitsbiene mit Proviant zurückkehrt, so nähert sich ihr die Wache und scheint ihr das Solungsmort abzuverlangen. Etwas Eingringlinge oder Spione aus anderen Völkern werden von den Wachposten verjagt oder getötet. Ist eine Truppe von Marodeuren der Wache zu stark, so ruft ein drahtloses Telegramm eilig die notwendigen Reserven herbei: gelingt es aber einem Spione in den Bienenkorb einzudringen und ihn zu berauben, so sieht man ihn bald wieder den Rückzug antreten, bis, wenn mehrere solcher Streifzüge gelungen sind, das ganze Volk sich plötzlich auf die Festung wirt, und zwar ohne daß vorher eine Kriegserklärung erfolgt. Der Kampf wird dann mit der äußersten Erbitterung so lange fortgesetzt, bis ein Volk durch den Verlust seiner Königin eine entscheidende Niederlage erlitten hat. Werden die Kämpfer von der Nacht überrascht, so wird der Kampf abgebrochen, aber der Angreifer kehrt am nächsten Tage zurück und nimmt den Kampf sogar mehrere Tage hintereinander auf, wenn nicht das Wetter diese Abfert verhindert.

Der Idealist.

Mein Freund, der Maler S., war ein ganz weltstrender, wirtschaftsferner Mensch. Er war ein Schwärmer, der die Dinge nie in Augennähe ansah, und seine Anschauung vom Leben war eben so edel wie unpsychologisch. Er glaubte an die weitbewingende Kraft der selbstlosen Liebe mit einem naiven urchristlichen Idealismus, den nicht umwerfen konnte. Selbst im Kriege, so sehr er

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeitoman von Wladimir Soyuzka. Der breitschultrige, kräftige, stattliche Polizist lief mit schweren Schritten, ohne ein Wort zu vernehmen zu lassen. Als er die zwei Menschen an der Mauer stehen sah, beschleunigte er die Schritte. Klitski wollte ihm entgegenlaufen. „Man muß die Mörder fangen helfen!“ sagte er. Doch sah er wieder Jankas kleine Hände, die seinen Arm umklammerten. „Bitte, mischen Sie sich nicht hinein!“ Ihre blauen Augen sahen ihn dabei herbei, beredt unter den Klugeln des schwarzen Hutes hervor an, und ihr kleiner Mund verzog sich. So viel ehrliche Besorgnis lag in dem Ausdruck dieses kleinen Gesichtchens, daß Klitski wieder stehen blieb. Der Polizist hatte im Vorbeilaufen Zeit gefunden, die unermuteten Zeugen mit einem langen, mißtrauischen Blick zu messen. Seine grauen Augen versenkten sich mit besonderer Schärfe und forschend für einen Augenblick in Klitskis Person. Das alles geschah mit außerordentlicher Schnelligkeit, doch ersah man daraus, daß er sich merken wollte, wer ihm begegnet war. Erst dann setzte er seinen Weg fort. Zwischen hatten die darfsichtigen Hebeltäter schon den Marktplatz erreicht und bewegten sich dort in dem schwankenden Licht wie leichte, nebelige Gespenster. Die dunkle Gestalt des Polizisten durchschneidte mehrfach die Schmutzplache, in der sich die einfache, in der Mitte des Platzes brennende Laterne traurig widerspiegelte. Plötzlich blieb jene Gestalt stehen und verharrte in Unbeweglichkeit. Gorski und Klitski betraten den Marktplatz und gingen auf das Gehäus zu, das fast gänzlich in Dunkel getaucht war. Ueber der verriegelten Tür des Gorskischen Ladens rüttelte der Wind an dem alten, schadhaften Schilde. Als sie vor dem Tor standen, blickte Gorski auf dieses Schild, während er den Hausschlüssel in der Tasche suchte. „Nehmt euch in acht,“ sagte er, „daß euch das alte Gerümpel nicht auf den Kopf fällt.“ Janka begann heiter zu lachen. „Nach nur, eines Tages zerfällt es doch in Stücke.“ „Warum schaffen Sie denn kein neues an?“ fragte Klitski. Aber Gorski öffnete geheimnisvoll die Hände, und sein

unter ihm litt, sah er nur eine Station auf dem Wege zum künftigen Friedendreiche. „Einmal müssen die Menschen doch zur Einsicht kommen“, sagte er und glaubte an das Gute. Nur eins brachte ihn in den Fortschritt: der Anblick der geldverdienenden Gemeinschaft, die die Not der Zeit ausnützte, um persönlichen Gewinn zu ernten. „Ich werde ein Bild malen“, sagte er, „wie Christus die Föllner und Wucherer aus dem Tempel jagt. Meinen ganzen Jörn will ich hineinmalen, und die Wände soll erröten davon!“

Eines Tages sahen wir im Café. Der Maler erzählte von seinem Wille, und er war fest davon überzeugt, daß es selbst auf die selbstthätigen Herzen der verhärtetsten Kriegswucherer moralischen Eindruck machen werde. Da wurden wir auf ein Gespräch aufmerksam, das am Nebentische geführt wurde. Zwei Männer unterhielten sich in einer merkwürdigen Mundart, in einer Art Verbrechtersprache, so, als ob zwei schwere Jungen sich bereden, wie sie jemand „neppen“ können. Wöglich hieß das Wort „Geschäftssinn“ auf. Da hieß es den Maler nicht länger. Er sprang empor und trat auf die Männer zu: „Wissen Sie, was für Geschäftssinn? Liebesmissetat und Gefühlsroheit!“ Und er redete solche wuchtige, zornige Worte, daß sie wie Geißelstriche auf die Kriegswucherer niederfielen. Aber die ließen sich nicht verblüffen wie ihre Genossen aus Jerusalem. Sie lächelten gleichmütig und belustigt, bis es ihnen endlich zuviel wurde. Der eine stand auf: „Wann, Sie sind reif fürs Irrenhaus. Scheren Sie sich zum Teufel über...“ Und plötzlich saßen Arme zu, und der Maler lag auf der Gasse.

Ich ging hinterher. Der Wirt brachte ihm Gut und Stod. Hornot laudete er ihn an: „Und beiraten Sie mein Lokal nicht mehr, Sie Karr, Sie! Lernen Sie erst mal, was Geschäft ist. Sie überflüssiger Nichtstuer, Sie!“ Ich wachte ihn den Straßenschmutz vom Knie, und wir begaben uns auf den Heimweg.

Unterwegs konnte ich mich nicht enthalten, ihm ein paar bescheuerte Bemerkungen über seinen einseitigen Glauben an die Menschen in die Rippen zu pfeifen: „Wir denken, daß die Wucherer diebstahl Christen aus dem Tempel geworden haben. Das sollst Du malen, es wäre zeitgemäher. Oder glaubst Du noch immer...“

Ob er noch glaubte, ich weiß es nicht. Er schweig und lächelte unbedürftig. Aber mir schien, sein weltstrender Idealismus war unüberlebar. Er wird sein Bild malen und wird an dessen stiller Kraft glauben.

Und eines Tages wird er dann in der Wisa eines Kriegswuchers prangen, dem seine neuerworbenen Reichthümer den Luxus der Kunst und — der Gefinnung gestatten.

Kleines Feuilleton.

Die Null in der Völkerkunde.

Die Erfindung der Null ist eine der fesselndsten Entdeckungen in der Geschichte der Mathematik und der Völkerpsychologie. Man kann sich aus seiner Gewohnheit heraus schwer in den Gedankengang hineinverleihen, der zur Schöpfung dieses Nichts, das doch so unendlich bedeutend ist, notwendig war. Auf jeden Fall stellt diese Erfindung einen großartigen geistigen Fortschritt dar, und es ist daher außerordentlich bemerkenswert, daß ein schon längst untergegangenes Volk nicht nur bis zu jenen Zahlen zu zählen vermochte, während doch auch die alten Germanen nur bis 12 kamen, sondern sogar ein Schriftzeichen für die Null besaßen. Das ist das Volk der Maya in Mittelamerika, dessen uralte Hieroglyphen durch Veröffentlichungen amerikanischer Gelehrter in den letzten Jahren eine zunehmende Aufmerksamkeit erfahren haben. Wie alt die erhalten gebliebenen Inschriften sowie die anderen Kulturreste der Maya sind, hat leider bis zum heutigen Tage noch nicht festgestellt werden können. Man kann nur sagen, daß alle datierten Urkunden in einem Zeitraum von 400 Jahren liegen. Die Maya hatten eine ganz genaue Zeitrechnung, aber wir wissen eben nicht, wie sie sich zu der unsrigen verhält. Prof. Selzer, der berühmte Berliner Gelehrte, stellte eins der Mayamonumente in das Jahr 1205 vor Christi, während andere Forscher bis zu dem Jahr 800 n. Chr. hinaufgehen.

Von diesen Rätseln der Mayainschriften abgesehen ist es besonders verführerisch, ihr Zahlensystem mit dem anderer alter Völker zu vergleichen. Die alten Babylonier hatten, so viel man weiß, keine Null, erst ihre Nachkommen vor etwa 2000 Jahren hatten ein Zeichen für Null, schrieben es aber nicht in der Rechnung, auch nicht als Erläuterung für fehlende Einheiten. Ähnliches findet sich

bei den alten Indern, die ihr Zahlzeichen auch erst um das letzte Jahrhundert unserer Zeitrechnung planmäßig in die Dezimalstufen einführen. Es scheint, daß die Maya fünf oder sechs Jahrhunderte vor den asiatischen Völkern diese Erfindung vollbrachten. Die Zeichnungen in den zahlreichen Ruinen der Mayastädte habe viele Tausender und chronologische Aufzeichnungen zutage gefördert und vollkommen entziffert. Man kennt jedoch ihre Zeichen für verschiedene Zeitperioden wie Tage, Monate und auch die Zahlenzeichen. Die Maya müssen ungewöhnlich begabt für Zahlenwesen gewesen sein, da es einen großen Raum für ihren Aufschrieben einnimmt. Die Zahlenzeichen finden sich oft in Verbindung mit andern, deren Bedeutung noch nicht erschlossen worden ist.

Der merkwürdigste Umstand ist die schon erwähnte Tatsache, daß die Maya nicht nach einem Dezimalsystem rechneten wie die Indern, sondern nach einem System von 20. 20 Einheiten bildete also die erste Einheit der nächst höheren Ordnung. Die Einheit entsprach einem Tag, die nächste höhere also einem Monat von 20 Tagen oder ungefähr einem Monat. Die Einheit der dritten Ordnung wären dann 18 mal 20 Tage oder 360 Tage, also ein Jahr. Aber die Maya stellten sich noch weit höher hinauf, denn sie hatten danach eine Einheit vierter Ordnung von 7200 Tagen eine fünfte mit 144 000 und schließlich gar eine von sechster Ordnung mit 288 000 Tagen. Das Volk richtete sich also auf ein recht langes Dasein ein. Die Ziffern von 1—19 wurden mit Strichen und Punkten geschrieben, nach einem einfachen, sofort verständlichen System. Dazu kommt die Null, als ein Zeichen, das ungefähr einem halbgeschlossenen Auge gleicht. Die Zahl 20 wird durch drei Zeichen und einen Punkt darüber geschrieben. Die höchste Zahl die in den Inschriften der Maya aufgefunden worden ist, hat die ansehnliche Höhe von 12 480 781. Wunderbar ist es, daß dies so thematisch so hoch veranlagte Volk nicht das Prinzip des Stellenwertes der Ziffern kannte, sondern sich etwa so ausdrückte, wie wenn wir die Zahl 1268 schreiben würden: 1 Tausend, 2 Hundert, 0 Zehner, 8 Einer.

Der unterbrochene „Todeskampf“ . . .

Die Papierknappheit in Amerika nimmt solche bedrohliche Formen an, daß sogar die Tribune, der so zahlreiche Anhänger unter Jung und Alt hat, wie die „Tribuna“ berichtet, darunter zu leiden beginnt. Der Preis des Papiers hat eine derartig schwindelige Höhe erreicht, daß es manchmal nicht leicht ist, die Geschichte bis zum Todesurteil der Verbrecher in allen notwendigen Einzelheiten durchzuführen. Da sieht nun der Verfasser von der „Gefahren von New York“ oder „Florette, die Tänzerin der Tabernen“ über seinen Schreibtisch gebückt und schreibt für 6 Pf das Wort. Die Handlung hat ihren Höhepunkt erreicht: „Es war ein furchtbarer Todeskampf. Das Doktor stellte sich, das Mädchen hinter sich stehend, mit festem, hartem Blick der sich nähernde Menge entgegen. Ein drohendes Feuer brannte in seinen Augen. Seine Zittern hielt er in der rechten Hand den Revolver empor. . . . Da, im Handumdrehen, riefen sie ihm auch schon auf den Leib. Zwei dumpfe Schläge dröhnten durch die Nacht.“ In diesem erschütternden Augenblick ertönt die Telephon Klingel. Die scharfe Stimme des Verlegers unterbricht die Szen des Todes: „Hören Sie, Sie müssen sich kurz fassen. Der Preis des Papiers ist noch um 10 Pf. gestiegen. Viel höchstens 100 Seite müssen sie aufhören. Der Wort oder die Zeile muß im nächsten Kapitel erledigt sein. Und außerdem können wir Ihr Werk nicht mehr brauchen, wir müssen Veröffentlichungen dieser Art aufgeben das Papier ist zu teuer.“ Traurig hebt der Dichter sich wieder an seinen Schreibtisch, läßt mit zwei weiteren Revolvergeschüssen die Feder seines Gefehes, wirft die Geschlinge um Hals und Florette halt, schreibt das Wort „Ende“ und begibt sich auf die Suche nach einem neuen Verleger. . . .

Notizen.

- Eine Uhrensammlung wurde in Nürnberg geküßt. Es sind über 180 Naderuhren des 15. bis 18. Jahrhunderts, die eine willkommene Ergänzung der Tischuhrensammlung bilden.
- Ein regelrechter Luftdienst für Passagiere verkehrt nach benachbarten Städten in Newport-Kew, den Seebad der Milliarden an der amerikanischen Ostküste eingerichtet worden, und zwar sind sowohl Flugzeuge als auch Flugboote in Betrieb. Der Flugartenpreis nach dem etwa 30 Kilometer entfernten Norfolk beträgt etwa 80 Pf.; größere Luftreifen nach entfernteren Städten und Rundflüge sind entsprechend teurer. Den Passagierdienst ist ein Luftfrachtdienst angegliedert.

Der junge Mann erinnerte sich an jenes „Verboten“ zuckte die Achseln und ging am Wall entlang nach dem Hote zu, in dem er wohnte. Bald bestärkten ihn seltsame Gedanken.

Als er Janka vertiefte, glaubte er, daß ihr Lächeln, das sich ihrer wertwürdig leuchtenden, blauen Augen, die sie seit ihrer ersten Begegnung in Jankopane so tief in sein Herz eingegraben hatten, der Hauptgrund auf diesen Tagen sein würden.

Aber dieses teure, über alles liebliche Mädchen verblühte fast vor all dem Selbstamen und Gewaltigen, das aus der schwarzen Dunkelgassen, die von allen Seiten auf den Markt platz mündeten, hervorzufliehen schien. Noch immer gellte in seinen Ohren jenes Söhnen, das von der Weidjel her ertönt war und wie das Echo einer gewaltigen Nacht widerhallte.

Was sagt hier so? Was für? Was köhnt? Was kriecht dort mit düsterem Grauen und erlöset das Leben? Warum beugen sich die Häupter zur Erde? Warum bilden die Leute hier ängstlich umher und horchen auf Stimmen, die nur ihnen verständlich zu sein scheinen?

Diese Empfindungen hatten Klitski gleich am gestrigen Tage, als er eingetroffen war, übermannt. Er konnte sie nicht abschütteln. Als der Hausdiener im Hotel vor ihm erschien und nach dem Paß verlangte, hatte er ihn angefahren:

„Lassen Sie mich doch erst meine Sachen ablegen!“ Aber der Angestellte hatte demütig und leise erklari: „Gnädiger Herr, wir dürfen Sie sonst nicht ins Zimmer lassen. Es ist verboten.“

Seine Worte hatten jene charakteristische Bewegung der Hände begleitet, die eine traurige Erklärung bedeutete. Ach, auch auch hier galt jenes „Verboten“.

Er hatte seinen Paß dem Hausdiener ausgehändigt, der ihn vorsichtig wie mit Andacht entgegen nahm und das Zimmer verließ, indem er mit entlagungsvoller Miene über die schlechte Laune des Gastes quittierte.

Aber Klitski hatte von nun an das Gefühl, als ob ein grauer, schmutziger Alß auf seinem Nacken säße und ihn würgte, preßte und quälte. Selbst die leuchtenden Augen des teuren Mädchens vermochten jenes geheimnisvolle Grauen nicht zu verschuchen, das in den Winkeln des Städtchens umherflüchtete und in der Nacht wie ein Räuel plötzlich erwachter Schlangen hervorkroch.

Fortf. folgt.)

inipisches, rundliches, rotwangiges Gesicht des „Kaufmanns mit der Frühstüdtube“ nahm einen gutmütigen, aber zugleich geängstigten Ausdruck an. „Verboten!“ sagte er geheimnisvoll.

Kanka wiederholte die Gebärde des Vaters und verließ ihrem Gesichtchen denselben Ausdruck. „Verboten!“ wiederholte sie.

„Nicht, sah sie erkaunt an. „Was bedeutet das? Wer kann es verbieten?“ Gorski und die Tochter schauten noch geheimnisvoller drein.

„Er!“ „Wer denn? Jhy spricht in Rätseln, jene Leute, er . . . wer denn?“

„Wenn Sie länger hier bleiben, werden Sie es erfahren.“ „Ich würde gern schon aus diesem Grunde allein bleiben, aber ich muß übermorgen abreisen.“ Janka wurde traurig und verbarg ihr Gesicht in ihrem hochgeklappten Vibertragen.

„Warum?“ „Jah muß . . . Sie wissen . . . Das Hotelier ist allein. Jhy bin ohnehin sehr schwer abgekommen.“

Sie sprachen anscheinend gleichgültig, aber zwei Paar junge Augen durchbohrten einander mit Liebessblicken. Gorski hatte inzwischen das Tor aufgeschlossen. Janka reichte Klitski ihre kleine Hand.

„Auf Wiedersehen!“ sagte sie lächelnd, „bis morgen. Sie essen doch bei uns morgen zu Mittag, nicht wahr, Papa?“

Aber Papa war schon im Torweg. Doch kehrte er noch einmal um und streckte Klitski seine breite, ehrliche Hand entgegen.

Aber selbstverständlich. Du hast mir so viel davon erzählt, wie liebenswürdig dieser Herr dich und die Tante in Krakau bewirtete, als ihr aus Jankopane zurückkam, daß du dich doch revanchieren mußt.“

„Also bis morgen!“ Und während der Papa sich abmühte, ein Fündholz anzuzünden, um den Weg zu beleuchten, streckte sie ein gewisses kleines Händchen zum Tor hinaus, fand sich von Klitskis Händen umfaßt und küßte, daß die mit einem Schurrbart gezierten Lippen des jungen Mannes sehr weich und angenehm waren, als sie dieses Händchen mit großer Zärtlichkeit berührten. Im nächsten Augenblick verschwand das Händchen, das Tor fiel krachend zu, und nur der Wind rüttelte an dem alten vermoderten Schilde über Klitskis Kopf.

